

**UMWELTSCHUTZ
JAHRESBERICHT 2000**

Vorwort: Jahresbericht 2000

Die Erkenntnis, dass Umweltschutz der Motor für nachhaltige gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen ist und nur dann wirklich „rund“ laufen kann, wenn alle Teilbereiche im gleichen Maße beachtet werden und gleichermaßen die Zusammenarbeit suchen, ist im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankert. Damit dies so bleibt, sind auch weiterhin alle Kräfte gefordert. Maxime aller Bemühungen sollte der Nutzen für unsere Bürger sein. Denn nur informierte und überzeugte Menschen handeln so, dass die Auswirkungen ihres Handelns ihrer persönlichen, aber auch der kommunalen und regionalen Lebensqualität nachhaltig förderlich sind.

Umweltschutz kann nie ein „abgeschlossenes Projekt“ sein, sondern muss sich dynamisch weiterentwickeln. Die mit Aufgaben des Umweltschutzes befassten Abteilungen und Organisationen des Landes Niederösterreich haben eine aktuelle Zwischenbilanz und Zusammenfassung ihrer Maßnahmen und Aktivitäten im Jahr 2000 für den Jahresbericht erstellt. Es ist mir wichtig, durch diesen Bericht ein Gesamtbild umwelt- und nachhaltigkeitsorientierter Beiträge zur Entwicklung des Landes Niederösterreich vorlegen zu können.

Der Bericht möge Information, Anregung aber auch Ausgangsbasis für kritische Auseinandersetzung bilden und ein Mosaikstein auf unserem gemeinsamen Weg in eine Zukunft mit Lebensqualität sein!

Mag. Wolfgang Sobotka

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (LAD 3)	1
Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht (WST 6)	4
Abteilung Verkehrsrecht (RU 6)	7
Abteilung Naturschutz (RU 5)	8
Abteilung Wasserrecht und Schifffahrt (WA 1)	9
Abteilung Wirtschaftsförderung (WST 2)	11
Abteilung Agrarrecht (LF 1)	12
Abteilung Landwirtschaftliche Bildung und Weinwirtschaft (LF 2)	13
Abteilung Feuerwehr und Zivilschutz (IVW 4)	15
Abteilung Forstwirtschaft (LF 4)	16
Abteilung Landwirtschaftsförderung (LF 3)	19
Abteilung Sanitätsrecht und Krankenanstalten (GS 4)	20
Abteilung Allgemeiner Baudienst – Geschäftsstelle für Energiewirtschaft (BD1-E)	21
Abteilung Wasserwirtschaft (WA 2)	23
Abteilung Umwelttechnik (BD 4)	25
Abteilung Haustechnik (HB 4)	28
Abteilung Straßenspezialtechnik (ST 6)	31
Abteilung Wasserbau (WA 3)	32
Abteilung Siedlungswasserwirtschaft (WA 4)	34
Abteilung Technische Kraftfahrzeugsangelegenheiten (WST 8)	35
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik (RU 2)	36
Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung (RU 3)	39
Abteilung Umweltrecht (RU 4)	43
Koordinierungsstelle für Umweltschutz (KfU)	44
Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten (RU 7)	47
Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion (LF 7)	49
NÖ Abfallwirtschaftsverein	50
NÖ Landesakademie, Bereich Umwelt und Energie (inkl. NÖLAK)	52
Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal	56
Nationalpark Thayatal GmbH	58
Nationalpark Donau Auen GmbH	60
NÖ Agrarbezirksbehörde	62
NÖ Landesjagdverband	64
NÖ Umweltschutzanstalt	66
NÖ Umweltschutzanstalt	68
„die umweltberatung“ NÖ	71
NÖ Dorferneuerung	74
NÖ Stadterneuerung	75
Abteilung Allgemeiner Baudienst – Ortsbildpflege (BD 1 – O)	77

ABTEILUNG ALLGEMEINE VERWALTUNGSANGELEGENHEITEN (LAD3)

Umweltschutz in der Verwaltung

Einleitung

Dem Umweltschutz in der Landesverwaltung wird immer größere Bedeutung beigegeben. So bietet das neue Verwaltungszentrum in der Landeshauptstadt St. Pölten im Bereich der Verwaltung ein breitgefächertes Spektrum, umweltschonend zu agieren. Vorrangige Aufgabe wird es sein müssen, den bisher erreichten hohen Standard im Verwaltungsbereich zu halten, den Markt zu beobachten, die eigenen Arbeitsabläufe regelmäßig zu hinterfragen und dort, wo sich Verbesserungsmöglichkeiten bieten, diese auch unverzüglich umzusetzen und zu nutzen.

Büromaterialien

Im gesamten Bürobetrieb der NÖ Landesregierung und auch im Bürobetrieb der Bezirkshauptmannschaften wird ausschließlich Umweltpapier eingesetzt. Bereits in den Ausschreibungen zur Materialbestellung wird großer Wert auf umweltgerechte Spezifikation gelegt. Nach wie vor werden nur unlackierte Bleistifte, Lineale und Kugelschreiber aus Holz mit Austauschminen eingesetzt. Klebstoff wird in Nachfüllflaschen beschafft. Farbbänder für bestimmte Schreibmaschinentypen werden für nochmaligen Gebrauch nachgefärbt, Toner-Cartridges für Laserdrucker, Tintenpatronen für Tintenstrahldrucker sowie Toner und Zubehör für Kopierer werden nach Gebrauch mitsamt dem Verpackungsmaterial an die Zulieferfirma retourniert.

Wasch-, Reinigungs- und Pflegemittel

Die für das Amt der NO Landesregierung tätigen Fremdreinigungsfirmen sind vertraglich verpflichtet worden, ausschließlich umweltfreundliche Reinigungsmittel zu verwenden. Größter Wert wird inzwischen auch auf eine sachgemäße Schulung - sowohl des landeseigenen Reinigungspersonals als auch des Fremdpersonals - durch die NÖ Umweltberatung, gelegt.

Einrichtungen

Nach wie vor werden keine Tropenhölzer verwendet; sofern vorhanden, wurden diese in den letzten Jahren durch dunkel gebeiztes Holz ersetzt. Seit etlichen Jahren werden nur noch umweltfreundliche, lösungsmittelarme und wasserverdünnbare Lacke verwendet. Metallgestelle bei Möbeln sind generell aus Eisen.

Lebensmittel



NÖ Landhausküche „BIO – LOGISCH“ – Dieses Logo am Speisenplan bedeutet, dass wesentliche Bestandteile der Mahlzeit aus *"Kontrolliert biologischer Landwirtschaft"* sind. Bereits im Jahr 1989 - damals war die NÖ Landesregierung noch in den altherwürdigen Gebäuden Wiens untergebracht wurden seitens der Küchenleitung

erste Versuche mit biologischen Lebensmittel durchgeführt. Ausschlaggebend war die mangelnde Qualität der Erdäpfel. Ein Waldviertler Demeter - Bauer wurde gefunden, der optimale Qualität liefern konnte. Die Umweltschutzabteilung des Landes unterstützte die Initiative des Küchenchefs, der nach und nach das Bio-Angebot im Küchenbereich verstärkte. Im Laufe der Jahre hat sich die Bio-Palette ansehnlich erweitert. So werden derzeit neben Erdäpfeln auch Lagergemüse wie Kraut, Wurzelgemüse, Rote Rüben, Feingemüse und Obst je nach Saison, Sauergemüse und Apfelsaft in Bio-Qualität gekauft. Eier, Mehle, Semmelwürfel, Teigwaren, Milch, Joghurt, Bergkäse, Edamer und Butte sind ebenso biologisch wie diverse Fleischsorten: Rind, Schwein, Lamm, Flugenten, fallweise auch Hendl und Puten. Der gesamte Bio-Einsatz der NÖ Landhausküche macht derzeit ca. 40 % des Lebensmitteleaufwandes aus. Die Menüs der Landhausküche werden so gestaltet, dass sie den Tätigkeiten der Bediensteten entsprechen. Beilagen, Salate und vegetarische Speisen werden reichlich angeboten, der Fleischeinsatz pro Menü wurde leicht reduziert.

FCKW

Beim Austausch von Kühlgeräten wird darauf geachtet, dass das neue Gerät möglichst umweltfreundlich ist. Altgeräte werden über die EBS entsorgt. Bei privaten Kühlschränken muss der Abtransport nachgewiesen werden. Dämmstoffe mit FCKW (z.B. Polystyrol-Platten) werden nicht verwendet.

Feuerlöscher

Halonlöscher wurden weitestgehend auf Pulver umgestellt.

Energieeinsatz

In den letzten Jahren wurde die Heizung mehrerer landeseigener Objekte auf Hack-schnitzelheizung umgestellt. Teilweise erfolgte bereits die Umstellung auf Fernwärme. Auch das neue Regierungsviertel in St. Pölten wird mittels Fernwärme beheizt. Energieeinsparung wird bei Neubauten durch entsprechende Wärmedämmung sowie durch bessere Steuerung des Heizsystems (Trennung nach Nord- und Südseite) erzielt. Altbauten werden diesbezüglich abschnittsweise saniert.

Abfallentsorgung

Zur richtigen und effizienten Abfallentsorgung werden laufend aktuelle Informationen ausgesendet.

Umweltbewusstsein im NÖ Landhaus

Über

- Energieversorgung
- Wärmedämmung
- Nutzwassersystem
- Heizkältemaschine
- Warmwasserbereitung für die Küche
- Stützlüftung in den Büros
- Dezentrale Warmwasserbereitung
- Garagenbelüftung

- Küchenabluft
- Beleuchtung
- Begrünte Dächer
- Einrichtung
- Böden

berichtet der NÖ Umweltbericht 1999

ABTEILUNG ENERGIE- UND STRAHLENSCHUTZRECHT (WST 6)

Die Abteilung Energie- und Strahlenschutzrecht ist für Angelegenheiten des Elektrizitätswesens, sowohl in Gesetzgebung als auch in Vollziehung, zuständig.

Die EU-Binnenmarktrichtlinie Strom verpflichtet die Mitgliedstaaten ihre Elektrizitätsmärkte schrittweise zu öffnen. Diese Richtlinie hat nicht nur den Beginn der Liberalisierung in der Elektrizitätswirtschaft eingeleitet, sondern auch die Forcierung erneuerbarer Energien gebracht.

Abnahmepflicht, Einspeisetarife

Das EIWOG, BGBl. I Nr. 143/1998, sowie das NÖ EIWG 1999 sehen ein Maßnahmenpaket zur Forcierung von „Ökostrom“ vor, mit dem eine Steigerung des Anteils an der Erzeugung elektrischer Energie aus Anlagen, die auf Basis bestimmter erneuerbarer Energieträger betrieben werden, langfristig erreicht werden soll. Eine Maßnahme besteht in der Verpflichtung der Betreiber von Verteilernetzen, die elektrische Energie aus diesen Anlagen zu beziehen. Diese Abnahmepflicht hat in einem steigenden Ausmaß zu erfolgen, sodass im Jahre 2005 ein Anteil von 3 % dieser erneuerbaren Energieträger an der für die Abgabe an Endverbraucher erforderlichen Strommenge erreicht wird. Korrespondierend zur Abnahmepflicht ist im EIWOG vorgesehen, Mindestpreise für die Einlieferung von elektrischer Energie aus diesen Anlagen zu bestimmen, wobei die Wertigkeit der eingespeisten elektrischen Energie, Förderungen sowie der Beitrag des jeweiligen Energieträgers zur Realisierung energie-, wirtschafts- und umweltpolitischer Zielsetzungen zu berücksichtigen sind.

Der Landeshauptmann von Niederösterreich hat mit Verordnung vom 18. August 1999 Mindesteinspeisetarife für die Einlieferung elektrischer Energie aus diesen bestimmten erneuerbaren Energieträgern erlassen. Diese Verordnung trat am 1. Oktober 1999 in Kraft. Sie stellt auf die Erreichung der im EIWOG bzw. im NÖ EIWG 1999 vorgegebenen 3 % ab. Ist dieser Anteil von 3 % erreicht, so ist für Anlagen, die nach Erreichung der 3 % in Betrieb gehen, ein wesentlich niedrigerer Einspeisetarif zu leisten. Die Verordnung geht davon aus, dass etwa 1,5 % aus Windenergie aufgebracht wird und etwa 1,5 % aus Biomasse, Biogas und Photovoltaik. Die Windenergie ist daher mit 80 MW (Netzbereich der EVN AG, 57 MW; Netzbereich Wien in Niederösterreich, 23 MW) begrenzt. Mit der Begrenzung soll zum Ausdruck gebracht werden, dass es energiepolitisches Ziel ist, dass Biomasse, Biogas und Photovoltaik ebenfalls etwa 1,5 % zur Erreichung des vorgegebenen Zieles beitragen sollen.

Die durchschnittlich kalkulierten Einspeisetarife betragen für Biomasse und Biogas 120g/kWh, für Windenergie neu 92 g/kWh und für Photovoltaik 178 g/kWh. Nach Erreichung des 3 %igen Zieles ist für alle Arten erneuerbarer Energieträger ein durchschnittlicher Tarif von etwa 71 g/kWh zu entrichten.

Den Betreibern von Verteilernetzen ist ein durch die Bestimmung von Mindestpreisen allfällig entstehender Mehraufwand gegenüber der sonstigen Aufbringung der elektrischen Energie zu ersetzen. Die Landeshauptmänner haben jährlich einen Zuschlag zum Systemnutzungstarif in g/kWh für die im jeweiligen Versorgungsgebiet bezogene elektrische Energie zur Abdeckung dieses Mehraufwandes festzusetzen. Wird ein Anteil von 3 % dieser erneuerbaren Energieträger an der für die Abgabe an Endver

braucher erforderlichen Elektrizitätsmenge erreicht, ist mit jährlichen Mehraufwendungen von etwas mehr als etwa 200 Mio. ATS zu rechnen. Umgerechnet auf die Endverbraucher bedingen die jährlichen Mehraufwendungen von etwas mehr als 200 Mio. ATS einen Zuschlag zum Systemnutzungstarif von ca. 2 g/kWh.

Auswirkungen der Einspeiseverordnung

Die NÖ Einspeiseverordnung hat großes Interesse an der Errichtung von Ökostromerzeugungsanlagen ausgelöst. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird daher die Vorgabe von 3 % im Jahr 2005 erreicht werden können.

Die für die Windenergie reservierten 1,5 % sind im Netzbereich Niederösterreich (EVN AG) bis Ende 2000 weitgehend erreicht. Mit Ende 2000 werden voraussichtlich ca. 53 MW im Netzbereich Niederösterreich und voraussichtlich 4,5 MW im Netzbereich Wien in Niederösterreich (WIENSTROM GmbH) installiert sein. Hinsichtlich Biomasse und Biogas gibt es ebenfalls ein reges Interesse an der Verstromung von Biomasse und Biogas, sodass die vorgesehenen 1,5 % für Biomasse, Biogas und Photovoltaik bis zum Jahr 2005 erreichbar erscheinen.

Auswirkungen auf die Erreichung der im Klimabündnis vorgesehenen Ziele

Mit Erreichung des Anteils von 3 % aus erneuerbaren Energieträgern im Jahr 2005 kann aller Voraussicht nach der jährliche CO₂-Ausstoß in Niederösterreich um ca. 54.500 t verringert werden.

Ausblick

Das Parlament hat vor der heurigen Sommerpause eine Novelle zum EIWOG beschlossen, deren Kundmachung am 1. Dezember 2000 im BGBl. I Nr. 121 erfolgt ist. Die grundsatzgesetzlichen Bestimmungen dieser Novelle sind binnen 6 Monaten in den Ausführungsgesetzen der Länder umzusetzen.

Diese Novelle sieht vor, dass die Verteilernetzbetreiber Ökoenergie in einem Stufenplan abzunehmen haben. Die Menge an elektrischer Energie aus Ökoanlagen hat

1. ab 1. Oktober 2001 mindestens 1 %;
2. ab 1. Oktober 2003 mindestens 2 %;
3. ab 1. Oktober 2005 mindestens 3 %;
4. ab 1. Oktober 2007 mindestens 4 %;

der Stromabgabe an die an das Netz angeschlossenen Endverbraucher im vorangegangenen Kalenderjahr zu betragen.

Weiters ist vorgesehen, dass - so wie bisher - Mindesteinspeisetarife durch die Landeshauptmänner festzulegen sind, die sich an den durchschnittlichen Produktionskosten unter Berücksichtigung der Wertigkeit der elektrischen Energie und von Förderungen zu orientieren haben. Die Landeshauptleute haben binnen sechs Monaten (gerechnet ab 1. Oktober 2001) neue Einspeisetarife zu bestimmen. Die Abdeckung der Mehrkosten wird so wie bisher über einen Zuschlag zum Systemnutzungstarif finanziert. Neu ist, dass die Verteilernetzbetreiber eine Ausgleichs-

abgabe zu entrichten haben, wenn der erforderliche Mindestanteil nicht erreicht wird.
Mit den Mitteln der Ausgleichsabgabe sind Ökoanlagen zu fördern.

ABTEILUNG VERKEHRSRECHT (RU 6)

In den von ha. geführten Verfahren werden die Belange des Umweltschutzes durch die im jeweiligen Verfahren beizuziehenden Sachverständigen wahrgenommen.

Beispielhaft können folgende Verfahren genannt werden:

- Eisenbahnrechtliche Baugenehmigung für die Errichtung eines Parkdecks beim Bahnhof Tulln für Park & Ride (RU6-E-2206):
Hinsichtlich der zu erwartenden Immissionen werden von Amts wegen Ermittlungen angestellt. Bisläng liegt ein Gutachten des Amtssachverständigen für Luftreinhalte-technik vor, dass sich auf eine luftchemische Beurteilung (Grundbelastungsprognose) stützt. Ferner wird nach Vorlage eines lärmtechnischen Projektes ein Gutachten zur Frage der durch die Immissionen möglichen Gesundheitsbeeinträchtigungen eingeholt werden.
- Luftfahrtrechtliche Errichtungsbewilligungen für Hangars auf dem Hubschrauberflughafen „Wr. Neustadt-ÖAMTC“ (RU6-L-W-215/247):
Es erfolgte eine naturschutzfachliche Beurteilung unter besonderer Berücksichtigung der Richtlinie 79/409 („Vogelschutzrichtlinie“) und 92/43 („FFH-Richtlinie“). Der für die zivilen Bodeneinrichtungen benötigte Trockenrasen wird für die Trockenrasenrückführung im Rahmen des Artensicherungsprojektes Triel zur Verfügung gestellt werden.

ABTEILUNG NATURSCHUTZ (RU 5)

Am 1. September 2000 trat das neue NÖ Naturschutzgesetz 2000 (LGBl. 5500-0) in Kraft. Das NÖ Höhlenschutzgesetz (LGBl. 5510-1) wurde novelliert, die Naturschutzgebiete Lainsitzniederung und Schremser Hochmoor (gleichzeitig auch Naturpark) wurden verordnet. Für den Nationalpark Thayatal wurden die Kennzeichnungsverordnung sowie der Managementplan ausgearbeitet und in Kraft gesetzt. Die UNESCO nahm die Wachau als Welterbestätte in die Kategorie Kulturlandschaft auf. Start des Beschäftigungsprojektes NupAktiv in den NÖ Naturparks und des Wanderpasses 2000. Fortführung der LIFE-Projekte „Pannonische Sanddünen“, Nationalpark Thayatal, „Wildnisgebiet Dürrenstein“ und „Lebensraum Huchen“. Abwicklung der Interreg-Projekte Grevolato (Birkhuhn), Ramsar Zentrum und Vogelstation Hohenau. Koordination der Natura 2000-Kartierung von EU-richtlinien-relevanten Lebensräumen und Arten durch die ARGE Natura 2000. Dazu Informationsveranstaltungen in den Landesvierteln, Neumeldung der alpinen Schutzgebiete gemäß Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Betreuung von Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern (Beschilderung, Instandsetzung von Anlagen, Überprüfung etc.). Bearbeitung von 235 Anträgen gemäß dem Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA), Abgeltung der Fischotterschäden für Teichwirte, Erarbeitung des NÖ Tierheimkonzeptes. Ausarbeitung, Betreuung, Umsetzung und Monitoring von Pflege- und Managementprojekten in naturwissenschaftlich bedeutenden Gebieten in der Wachau, den Hundsheimer Bergen, am Alpenostrand und im Weinviertel zur Erhaltung der Lebensraum- und Artenvielfalt. Naturschutzmaßnahmen des Österreichischen Umweltprogramms (ÖPUL). Betreuung der Internet-Homepage, der Zeitung NATUR, Heckenmarkt 2000, Teilnahme bei der Internationalen Tullner Gartenbaumesse 2000, Naturparktagung 2000, Herausgabe der Schriftenreihe „Rote Listen ausgewählter Tiergruppen Niederösterreichs“.

ABTEILUNG WASSERRECHT UND SCHIFFFAHRT (WA 1)

Deponien

Auch im Jahr 2000 lag im Deponiebereich der Schwerpunkt in der Umsetzung der WRG - Novelle 1997. Neben der Behandlung von Anpassungsanzeigen, die häufig zuvor als unzureichend befunden worden waren und deshalb ergänzt werden mussten, wurden Verfahren zur amtswegigen Vorschreibung von Maßnahmen zur Anpassung an den Stand der DVO durchgeführt.

Im Gefolge der Novelle 1997 kam es zur Stilllegung zahlreicher Anlagen. Die Festlegung der anlässlich der Deponieauffassung notwendig werdenden Vorkehrungen und die Kontrolle deren Durchführung wurde daher im vermehrten Ausmaß erforderlich.

Altlasten und Verdachtsflächen

Folgende Maßnahmen wurden unter anderem gesetzt:

- Sanierungs-/Sicherungsbescheide betreffend den Altlasten „St. Georgi-Stollen“ in Pitten, „Fischer-Deponie“ in Theresienfeld und „Neunkirchner Schraubenwerke“ in Neunkirchen
- Überprüfung von Sanierungs-/Sicherungsmaßnahmen bei den Altlasten „Lino-leumfabrik Brunn am Gebirge“ und „Deponie Ortman“ in Pernitz
- Duldungsbescheid betreffend erg. Untersuchungen nach dem ALSAG bei der Verdachtsfläche „Schoeller-Bleckmann“ in Ternitz
- Sanierungsbescheid betreffend die Altlast „Waggonreparaturwerkstätte Deutsch-Wagram“ in Gänserndorf
- Sanierungsbescheid betreffend die Altlast „Glanzstoff Deponie Nord“ in St. Pölten
- Überprüfungsbescheid betreffend Sicherungsmaßnahmen bei der Altlast St. Valentin VA 1, Katastralgemeinde Rems
- Überprüfungsbescheide betreffend Sanierungsmaßnahmen bei der Altlast „MKE Heidenreichstein“
- Gewässerpolizeilicher Auftrag zur Entfernung von Bodenverunreinigungen in der Katastralgemeinde Weitenegg („Kinderspielplatz“) im Bezirk Melk

Bereich Reinwasser

Folgende Schwerpunkte wurden gesetzt:

- Neuerstellung und Überarbeitung der zu beachtenden "Rahmenbedingungen bei der Festlegung von Schutzgebieten für Wasserversorgungsanlagen (Auflagenkatalog)
- Programme im Rahmen der Europäischen Integration (§ 55b WRG)
- Umsetzung der Fischgewässerrichtlinie (Aktionsprogramm)
- Umsetzung der Nitratrictlinie (Aktionsprogramm Nitrat gemäß § 55b WRG)
- Neugestaltung des § 33f und darauf basierend die Erarbeitung wasserwirtschaftlicher (Sanierungs-)Vorranggebiete gemeinsam mit ÖPUL Programm (LLWK) zur Erreichung der Ziele des § 33f über den "Umweg" der freiwilligen und damit geförderten Selbstbeschränkung (ist im Anlaufen, da Ausführungsverordnungen des BM fehlen, Vorarbeiten sind geleistet)

- EU-Life-Projekte im Bereich der Marchauen, z.B. Gemeinden Hohenau, Marchegg, Ringelsdorf, Niederabsdorf, (vor allem Gewässervernetzungen, etc.)

Schifffahrt

- Behördliche Durchsetzung des Projektes Gewässervernetzung Orth/Donau – im Zuge des Gesamtkonzeptes Nationalpark Donauauen (Abstimmung mit schifffahrtsrechtlichen Vorgaben, schifffahrtsrechtliche Genehmigung)

ABTEILUNG WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG (WST 2)

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung unterstützt gewerbliche Unternehmungen bei der Durchführung von Investitionen, die aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen durchgeführt werden. Dabei ist oft der wirtschaftliche Zweck nur schwer vom Umweltaspekt zu trennen, sodass Umweltschutzmaßnahmen durch die Wirtschaftsförderungsaktionen des Landes mitgefördert werden können.

Davon abgesehen, gibt es im gewerblichen Bereich verschiedene Aktionen des Landes und des Bundes, bei denen neben wirtschaftlichen Kriterien nachgeordnet auch der Umweltschutz oder die Energieeinsparung in die Richtlinien aufgenommen wurden.

Dazu gehören:

- NÖ Landesinvestitionsförderung
- BÜRGES Unternehmensdynamik

Die Förderung der Entwicklung von neuen Produkten, Produktionsverfahren oder Dienstleistungen wird auf Landesebene unter dem Schwerpunkt „Forschung und Entwicklung - Innovation“ abgewickelt. Fallweise werden dabei auch innovative Projekte im Bereich des Umweltschutzes gefördert.

ABTEILUNG AGRARRECHT (LF 1)

In den Zuständigkeitsbereich der Abteilung Agrarrecht fallen vor allem die Angelegenheiten des Grundverkehrs, des Ausländergrundverkehrs, des Marktwesens, des Kulturlächenschutzes, des Jagd-, Fischerei-, Forst-, Tierversuchs-, Pflanzenschutz-, Pflanzgut-, Pflanzenschutzmittel- und des Futtermittelwesens, des landwirtschaftlichen Bodenschutzes und schließlich die Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, der NÖ Landarbeiterkammer und der NÖ Tierärztekammer einschließlich die Durchführung der Wahlen sowie des Aufsichtsrechtes über diese Kammern und den NÖ Landesjagdverband. Die Abteilung Agrarrecht ist in I. und II. Instanz für die Vollziehung von einzelnen Gesetzen verantwortlich und auch für die Erstellung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen auf dem Gebiet des Agrarwesens.

Diese Materie weist neben ihren klassischen agrarpolitischen Zielsetzungen auch Umweltschutzaspekte auf. Beispielsweise tragen die Wildschadensregelungen im Jagdgesetz auch mittelbar zur Erhaltung eines funktionstüchtigen Waldbodens bei. Auch die Ausbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftlichen Böden kann - wie derzeit- sowohl unter dem Gesichtspunkt der Düngung landwirtschaftlicher Böden als auch unter dem Gesichtspunkt der Verwertung von Abfallstoffen geregelt werden.

Konkret wirkte die Abteilung Agrarrecht im Jahr 2000 auch an mehreren Arbeitskreisen mit, wie zum Beispiel bei der länderübergreifenden Koordinierungsstelle Braunbär, den Arbeitskreisen zur Lösung der Fischotter-, Fischreiher- oder Kormoranproblematik und dem Gremium zur Erstellung von Vorgaben für die Greifvogelbejagung.

Beim Einsatz der Fischereiförderungsmittel durch die Abteilung Agrarrecht wurde darauf geachtet, ökologisch bedeutsame Projekte wie beispielsweise die Erstellung eines Fischereiatlas in digitalisierter Form oder die landesweite Gewässerkartierung zu fördern.

Im Bereich der Pflanzenschutzes ist das Feuerbrandmonitoring zur Verhinderung von Schäden an Obstbaumkulturen, das gemeinsam mit der NÖ Landes- Landwirtschaftskammer aufgebaut wurde, erwähnenswert.

Durch die Einbindung der Daten der NÖ Bodenzustandsinventur in das Bodeninformationssystem des Umweltbundesamtes ist nunmehr mit Hilfe des dazu entwickelten Datenschlüssels Bodenkunde eine Vergleich zwischen EU-weitem Bodendatenmaterial möglich.

Abschließend muss noch klargestellt werden, dass die Abteilung Agrarrecht als Rechtsabteilung selbst keine Umweltschutzmaßnahmen im engeren Sinn durchführt oder finanziert.

ABTEILUNG LANDWIRTSCHAFTLICHE BILDUNG UND WEINWIRTSCHAFT (LF 2)

Erosionsverhinderung und Senkung der Produktionskosten durch moderne Bodenbearbeitungssysteme

Einleitung und Problemstellung

Wassererosion ist ebenso wie Winderosion ein oft unterschätztes Problem bei Kulturen mit großen Reihenweiten. Wird Erde abgeschwemmt, verliert der Landwirt wertvollen Ackerboden, Nährstoffe und Pestizide. Ertragseinbußen sind ebenso die Folge wie Umweltschäden. Alternative Bodenbearbeitungssysteme können diese Gefahren mindern, müssen jedoch richtig angewendet werden.

Aus diesen Gründen und aus ökonomischen Überlegungen werden weltweit über 5 Millionen ha ohne jegliche Bodenbearbeitung bebaut. Dies geschieht hauptsächlich in den USA, Brasilien, Argentinien und Kanada. Die Fruchtfolgen sind mit Mais und Sojabohnen adaptiert, die erfolge vielversprechend. Im Folgenden sollen die Versuche von den Lehr- und Versuchsbetrieben der Landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich beschrieben werden.

Versuchsergebnisse

An 3 Standorten in NÖ (Pyhra/St. Pölten, Pixendorf/Tulln, Mistelbach) werden seit 1994 8 Bodenbearbeitungs- und Gründeckenvarianten getestet. Diese sind der folgenden Tabelle 1 zu entnehmen:

Tab.1: Bestelltechnik und Begrünungsvarianten	
1.	Konventionelle Bearbeitung mit Grubber, Pflug, Saatbettkombination
2.	Konventionelle Bearbeitung Grubber –ohne Pflug
3.	Konservierende Bearbeitung Grubber – ohne Pflug, natürlicher Gründeckenaufwuchs - Mulchsaat
4.	Konservierende Bodenbearbeitung in Gründecke 1 (Senf, Phacelia, Leguminosen) - Mulchsaat
5.	Konservierende Bodenbearbeitung in Gründecke 2 (Senf, Phacelia) – Mulchsaat
6.	Minimalbodenbearbeitung – Direktsaat in Gründecke (Senf, Phacelia)
7.	Minimalbodenbearbeitung – Direktsaat in Grünroggen
8.	Minimalbodenbearbeitung – Direktsaat in Sommergersten – Frühjahrsanbau

Die Erträge, Nährstoff – Pestizid- Und Bodenverluste können der folgenden Tabelle 2 entnommen werden. Die Abtragsmessungen wurden vom Institut für Hydraulik und Landeskulturelle Wasserwirtschaft der Univ.f.Bodenkultur- a.o Univ.Prof.Dr.Klik durchgeführt. Die Pestizidanalysen erfolgten im BFL – Dr. Fila; gemessen wurden 3 Varianten.

Tab.2.: Erträge, Nährstoff-Pestizid-Erdabtrag an 3 Standorte in NÖ 1994 - 1999

Bodenbearbeitungs-Variante	N-ges. Verluste kg/ha	P-ges. Verluste kg/ha	Pestizidverluste % ausgebrachte Menge	Erdabtrag t/ha	Ertrag % Konventionell (=100%)
1 Konventionell	60	37	7	40,3	100

2 Grubber					95
3 Mulchsaat nat.Auwuchs					97
4 Mulchsaat Gründ.Leguminosen	18	8,1	2,2	9,7	97
5 Mulchsaat Senf- Phacelia					103
6 Direktsaat Senf- Phacelia	9,6	5	3,2	5,9	98
7 Direktsaat Roggen					97
8 Direktsaat Som- mergerste					100

Die Versuchsergebnisse zeigen deutlich, dass erosionshemmende Bodenbearbeitungsmaßnahmen keine wesentlichen Einfluss auf den Ertrag nehmen. Sehr wohl hingegen werden durch Mulch- oder Direktsaat Abschwemmungen, Nährstoff – und Pestizidabtrag signifikant reduziert. In der landwirtschaftlichen Praxis ist die Mulchsaat bei vielen Kulturen etabliert, das Anbausystem hat sich in den vergangenen Jahren auch bestens bewährt. Direktsaat kann nur in Ausnahmefällen und hierbei nur hochqualifizierten Spezialisten empfohlen werden.

1999 wurden in Tulln und Pixendorf bei Mais nach Winterweizen auf Mykotoxingehalt untersucht. Analysiert wurden die ZON und DON – Werte. Dabei waren die Werte bei konventioneller und Direktsaat am höchsten, bei Mulchsaatsystemen am geringsten.

Zusammenfassung

An 3 Standorten in Niederösterreich werden Bodenbearbeitungs- und Erosionsversuche durchgeführt. Dabei haben sich Mulch- und Direktsaat gegenüber konventionellen Anbaumethoden als ebenbürtig in der Ertragsleistung erwiesen. Überlegen sind letztgenannte Systeme bei ökologischen Aspekten.

ABTEILUNG FEUERWEHR UND ZIVILSCHUTZ (IVW 4)

Angelegenheiten zum Schutz der Umwelt hinsichtlich radioaktiver Verunreinigung

Im Jahr 2000 wurde in Zusammenarbeit mit der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach, dem Forschungszentrum Seibersdorf, der Landeswarnzentrale NÖ und dem Kernkraftwerk Dukovany eine Strahlenschutzdekontaminationsübung durchgeführt. Ein weiteres Übungsziel war die Schulung der Strahlenspürtrupps der Bezirkshauptmannschaft, der Gendarmerie und des Bundesheeres, sowie der Test der Kommunikationswege zwischen den Behörden in Österreich und Tschechien und der eingesetzten Kräfte, wie dem österr. Bundesheer, Feuerwehr, Rotes Kreuz und der Gendarmerie.

Weiters wird festgehalten, dass die Überarbeitung des Strahlenalarmplanes abgeschlossen werden konnte.

Gefährliche Stoffe

Im Berichtszeitraum wurden mehrmals Sachverständige für Chemie- Boden und Wasserverunreinigungen zu Unfällen mit Chemikalien und Austritt von Öl in Wasser und Boden von der LWZ entsandt.

Zu diesem Punkt wird weiters mitgeteilt, dass in Niederösterreich spezielle Einsatzfahrzeuge für Gefährliche Stoffe in allen vier Landesteilen stationiert sind, weiters konnte der Alarmplan für Gewässerverunreinigung abgeschlossen werden.

ABTEILUNG FORSTWIRTSCHAFT (LF 4)

Waldbauliche Maßnahmen

- Förderung verschiedener waldbaulicher Maßnahmen mit insgesamt ca. 2,5 Mio. öS mit Schwerpunkt auf der Begründung von Waldbeständen, deren Baumartenzusammensetzung sich an der potentiellen natürlichen Waldgesellschaft des jeweiligen Standortes orientiert.
- Verstärkte Beratung und Förderung von Läuterungs- und Pflegemaßnahmen, besonders im Laubwald zur Erhöhung der Wertleistung der Bestände
- Durchführung und Betreuung von Verbesserungsprojekten in Hochlagen und im Schutzwaldbereich mit Schwerpunkt im sommerwarmen Osten Niederösterreichs: im Jahr 2000 6 Projekte im Bergbereich und ca. 20 Projekte im sommerwarmen Osten. Bei letzteren werden absterbende Kiefernbestände in Laubmischbestände umgewandelt.
- Sanierung von Windschutzanlagen in Zusammenarbeit mit der Bodenschutzfachabteilung der ABB (im Jahr 2000 ca. 25 laufende Projekte)
- Abwicklung von Neubewaldungsprojekten gem. § 18 FG 1975 (derzeit ca. 50 laufende Projekte)
- Förderung von Einzelschutzmaßnahmen zur Mischwaldbegründung aus Mitteln des NÖ Jagdverbandes
- Wiederholungsaufnahmen des Verjüngungskontrollzaunnetzes
- Forstliches Vermehrungsgutgesetz: Dieses Gesetz dient der Qualitätssicherung der Forstpflanzenproduktion als Grundlage für die Erziehung wertvoller Waldbestände.

Landschaftsfonds

Leitung des Arbeitskreises „Wald“ und Abwicklung von 17 Projekten mit einem veranschlagtem Förderungsvolumen von ca. 3,5 Mio. ATS.

Eine Reihe von Fällen wurde auch im Rahmen des Arbeitskreises „Tourismus“ durch die Landesforstdirektion bearbeitet.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der LAFO-Aktivitäten der Abteilung Forstwirtschaft liegt in der Abwicklung der Förderung der „Extensiven Teichwirtschaft“ wo 2000 für eine Teichfläche von 1.100 ha rund 5 Mio. ATS Prämien ausbezahlt wurden.

Weiters wurden zur Sicherung heimischer Bestände Saatgutbeerntungen von Laubhölzern (besonders seltene Baumarten wie Elsbeere, Speierling, Wildapfel und Wildbirne) durchgeführt.

Forstschutz

Die in den Jahren 1992 bis 1997 extreme Borkenkäferkalamität auf Nadelholz kann als erloschen angesehen werden. 1999 und 2000 verringerte sich das angefallene Schadholz auf einen Wert unter 200.000 fm.

Zur weiteren Reduktion der Schädlinge wurden im Jahre 2000 insgesamt 8.557 Fangbäume zur aus Mitteln des Bundes gefördert. Gemeinsam mit sonstigen biologischen Forstschutzmaßnahmen wurden rd. 2,6 Mio. ATS ausbezahlt.

Als neue Maßnahme im Bereich des biologischen (vorbeugenden) Forstschutzes wurde in NÖ heuer erstmals das Belassen von Höhlenbäumen und Totholz im Wald gefördert. Trotz organisatorischer Anfangsschwierigkeiten wurden im Berichtsjahr 469 Höhlenbäume und rund 360 Stück Totholz mit einem Gesamtbetrag von ATS 746.000,- Bundesmittel gefördert.

Der Förderungswerber verpflichtet sich, diese Bäume für 10 Jahre unberührt zu lassen. Der dadurch gewonnene Lebensraum für Spechte, Höhlenbrüter, Totholzbewohner, sonstige Insekten und Pilze stellt nicht nur ein Refugium für bedrohte Arten sondern auch einen wichtigen Baustein in der biologischen Schädlingsbekämpfung dar.

Die Probleme im Bereich der Salzschäden entlang von stark befahrenen Straßen im Waldviertel haben sich im letzten Jahr deutlich verschärft. So wurde im Bereich der Stauseebrücke Ottenstein auf Grund von großflächigen Waldverwüstungen durch Streusalz ein Streuverbot durch die zuständige BH ausgesprochen. Aber auch in anderen Bereichen der Bezirke Zwettl, Gmünd und Horn nehmen die Waldschäden durch Salzstreuung zu.

Insgesamt sind zur Zeit 11 Schadensstellen in Bearbeitung. In Zusammenarbeit mit dem NÖ Straßendienst konnten in 5 Fällen durch Neuregelung der Straßenentwässerung bereits Erfolge im Sinne des Waldschutzes erzielt werden.

Unter Anleitung unserer Abteilung bzw. direkt durch uns erfolgte die Kontrolle, Überwachung und Dokumentation blatt-/nadelfressender Insekten insbesondere der Schmetterlingsarten Nonne (Waldviertel) und des Eichenprozessionsspinner (Hochleithenwald) sowie verschiedener Borkenkäferarten.

Erhebungen und Bewertung von Schäden durch Luftverunreinigungen im Rahmen des Bioindikatornetzes und der Eichen-Zustandsinventur. Eiche hat sich gegenüber 1999 deutlich verschlechtert.

Forstliche Aufklärung und Beratung

Waldjugendspiele

Organisation und Durchführung der 13. NÖ Waldjugendspiele 2000 zum Thema „Abenteuer Wald.“ Mit der Teilnahme von ca. 11.000 Kindern im Alter von 12 Jahren sowie ca. 600 begleitende Lehrpersonen, war diese Veranstaltung wiederum die Größte forstliche Öffentlichkeitsarbeit bundesweit gewesen.

Betreuung und Neugestaltung von Erholungswaldprojekten

Waldlehrpfad – Annaberg
Waldlehrpfad – Kirchenwald – Hollabrunn
Waldlehrpfad – Michelberg – Niederhollabrunn
Waldlehrpfad – Perchtoldsdorf
Waldlehrpfad – Unterolberndorf
Naturlehrpfad – Amstetten
Waldlehrpfad – Gars am Kamp
Waldspielplatz – Geras

Abgeschlossen wurden im Jahr 2000
Waldlehrpfad – Pulkau und Waldlehrpfad – Pitten

Neue Projekte

Waldlehrpfad Sonntagsberg, Waldlehrpfad Niedersulz, Waldlehrpfad Marktgrafneusiedl, Erholungswaldprojekt Lichtenfels, Erholungswaldprojekt Asang/Rastefeld

ABTEILUNG LANDWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG (LF 3)

Umweltprogramm (ÖPUL)

In Österreich wurde im Rahmen der Umsetzung der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 das sogenannte ÖPUL entwickelt. Dieses Programm ist ein Bündel von unterschiedlichen Maßnahmen, das den Bauern das Einsteigen in umweltfreundliche Produktionsverfahren bzw. die Beibehaltung dieser erleichtert. Die große Anzahl an Maßnahmen ermöglicht es praktisch jedem Landwirt, die für ihn passende Kombination zusammenzustellen, unabhängig davon, ob sein Betrieb in einer Ackerbauregion oder im Bergbauerngebiet liegt.

Die wichtigsten Ziele des österreichischen Umweltprogramms sind die Beibehaltung bzw. Umsetzung einer umweltgerechten Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt, sowie die Erhaltung des natürlichen Lebensraumes. Weiters werden landwirtschaftliche Produktionsverfahren gefördert, die die umweltschädigenden Auswirkungen der Landwirtschaft verringern helfen, was gleichzeitig zu einer Verringerung der Produktionsmengen und einer Verbesserung des Marktgleichgewichtes beiträgt. Es soll weiters die Extensivierung der pflanzlichen und tierischen Produktion fördern und einen Anreiz für die langfristige Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen für Pflegemaßnahmen aus Gründen des Umweltschutzes bieten.

In Niederösterreich nehmen ca. 75% der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 90% der landwirtschaftlichen Nutzfläche am ÖPUL teil.

Durch die AGENDA 2000 wurde im Landwirtschaftsbereich die gesamte Förderung auf neue Beine gestellt. Die Verordnung des Rates zur Entwicklung des ländlichen Raumes regelt nun den gesamten Förderungsbereich. Österreich hat zur Umsetzung dieser Verordnung das Österreichische Programm zur Entwicklung des ländlichen Raumes entwickelt, welches im Juli 2000 von der Europäischen Kommission auch genehmigt wurde. Das Umweltprogramm (ÖPUL) stellt sowohl vom Finanzvolumen, als auch von der Bedeutung für die Bauern den wichtigsten Bestandteil dar. Für die Landwirte kommt es jedoch erst im Jahr 2001 zum Tragen, da aufgrund der späten Genehmigung durch Brüssel die Umsetzung im Jahr 2000 nicht möglich war.

Das österreichische Umweltprogramm (ÖPUL) leistet einen wichtigen Beitrag, um die Einführung bzw. Beibehaltung umweltfreundlicher Produktionsverfahren in der Landwirtschaft zu erleichtern. Es wurde für das Programm ein integraler, horizontaler Ansatz gewählt, der eine flächendeckende Ökologisierung der niederösterreichischen Landwirtschaft zum Ziel hat.

ABTEILUNG SANITÄTSECHT UND KRANKENANSTALTEN (GS 4)

Nach der Trinkwasser- Ausnahmereordnung, BGBL 383/1993 wurden von der ho. Abteilung bei 18 Wasserversorgungsanlagen der Grenzwert von 0,1 µg/l für Atrazin bzw. dessen Abbauprodukt Desethylatrazin auf Antrag für 4 Jahre ausgesetzt.

ABTEILUNG ALLGEMEINER BAUDIENST – GESCHÄFTSSTELLE FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT (BD 1-E)

Klimabündnis

Die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft ist mit der Leitung des Arbeitskreises „Energie“ beauftragt, in dem Strategien für die Erreichung des Zieles beraten und erarbeitet werden. Schwerpunktmäßig wurde dabei der Diskussionsprozess für die Umsetzung des NÖ Energiekonzeptes fortgesetzt und ein so genannter „Werkzeugkasten“ beauftragt. Die Leitlinie für regionale und kommunale Energiekonzepte wurde aktualisiert.

Weiters wirkte die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft bei der Erarbeitung des NÖ Klimaschutzprogramms sowie im Rahmen der Klimastrategie 2000-2010 des BMLFUW in den Arbeitsgruppen „Raumwärme“ und „Energieerzeugung“ des Kyoto Forums mit. Ebenfalls wurde in den Arbeitsgruppen über die Neugestaltung der Wohnbauförderung mitgearbeitet.

Fernwärme

Mit Ende 2000 waren in NÖ 140 Biomasse-Fernwärmeversorgungsanlagen mit einer Leistung von 157,4 MW in Betrieb. 12 Fernwärmeprojekte nahmen den Betrieb auf und 7 Ansuchen um Förderung von Energieversorgungsstudien wurden gemäß Fernwärmeförderungsgesetz eingereicht. 75 Förderungsanträge wurden neu eingebracht, wobei der überwiegende Teil auf den landwirtschaftlichen Bereich entfällt. Dabei wurde beratend, koordinierend und unterstützend im Rahmen von Erhebungen, Wirtschaftlichkeitsabschätzungen und -prüfungen, Förderungs- und Kommissionsgesprächen, Informationsveranstaltungen und Zwischenkontrollen sowie bei der Beratung und Überprüfung der Fernwärmeabnehmer mitgearbeitet. Die zur Verfügung stehenden Förderungsmittel werden für die Anlagenbetreiber in Form von Darlehen bzw. als Direktzuschüsse und für die Erstellung von Studien vergeben.

Überprüfungen nach dem NÖ Luftreinhaltegesetz

Von den 420 installierten Heizkesseln in den NÖ Landesgebäuden (alle von der Landesenergiebuchhaltung erfassten Liegenschaften) wurden 126 Feuerstätten von der Geschäftsstelle für Energiewirtschaft geprüft und bewertet.

Windenergie

In NÖ besteht großes Interesse an der Errichtung von Windkraftanlagen. Aus diesem Grund wurde das „Forschungsprojekt zur Optimierung der Windkraftnutzung in NÖ Windparks im Praxistest“ in die Wege geleitet. Dieses Projekt erstreckt sich auf folgende 5 Windparkprojekte:

- Pottenbrunn
- Deutsch-Wagram
- Oberstrahlbach
- Simonsfeld
- Grafenschlag

mit insgesamt 15 Windkraftanlagen. Ziel ist die Evaluierung der wesentlichen Betriebsdaten der Windparks. Dabei werden die ökologischen und energie-

wirtschaftlichen Auswirkungen von Windparks in NÖ wissenschaftlich untersucht, um Erfahrungen für die weitere Windkraftnutzung unter den speziellen niederösterreichischen meteorologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu gewinnen.

Energy Globe Austria

Der Energy Globe Austria prämiert die weltbesten Projekte im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger. Im Vorfeld zu diesem Bewerb wurde durch die Geschäftsstelle für Energiewirtschaft der Österreich Wettbewerbs für das Land NÖ abgewickelt und organisiert. Die von einer Fachjury ermittelten 3 Projekte wurden durch Landesrat Dipl.-Ing. Plank prämiert und als vorbildlich ausgezeichnet.

Energieberatung

Ein wesentlicher Punkt zur Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes NÖ ist der im "NÖ Landesenergiekonzept" angeführte Bereich der Beratung und Information in Energiefragen. Die Schwerpunkte der Energieberatungstätigkeit waren 2000 die Energienutzung aus erneuerbaren Energieträgern, die Schaffung regionaler, biomassebetriebener Fernwärmeversorgungsanlagen, die gutachterliche Tätigkeit für die Sanierung bestehender Gebäude (Wärmedämmung) und deren energietechnischer Anlagen (Modifizierung der Heizungsregelanlagen, Verbesserung des Kesselwirkungsgrades und Jahresnutzungsgrades bei konventionell befeuerten Anlagen) sowie die Bearbeitung der „ÖKO-Eigenheimförderungsansuchen“. Die Energieberatungsstelle des Landes ist mit eigener Homepage unter der Adresse: <http://www.noel.gv.at/energie.htm> erfolgreich im Internet vertreten.

Messen und Ausstellungen

Die Geschäftsstelle beteiligte sich 2000 mit einem Informationsstand an 3 Veranstaltungen (Fachmessen):

- Hausbau und Energiesparmesse vom 16. - 19. März 2000, Wiener Neustadt
- BIOEM vom 1. - 4. Juni 2000, Groß Schönau
- NÖ Bau & Energie vom 22. - 24. September 2000, Wieselburg

ABTEILUNG WASSERWIRTSCHAFT (WA 2)

Sämtliche unserer Maßnahmen sind im Hinblick auf eine nachhaltige, ressourcenschonende Nutzung des Gutes „Wasser“ und all jener Nutzungen, die in Verbindung mit dem Gut Wasser stehen, abgestimmt. Unsere Aktivitäten gehen in Richtung agieren und nicht reagieren, sodass dem Bürger entsprechend fachliche Leitlinien vorgegeben und als Entscheidungshilfe präsentiert werden können. Folgende große, oft auch abteilungsübergreifende wasserwirtschaftliche Themenbereiche standen im Jahr 2000 dabei im Vordergrund:

- **Wasserdatenverbund:** Mit Hilfe des 1997 gestarteten Wasserdatenverbundes NÖ soll eine abteilungsübergreifende Verwaltung und Nutzung aller Wasserdaten realisiert werden. Damit ist ein rascher Zugang und die optimale Nutzung vor allem aktueller Daten auch für den Bürger gegeben.
Im Jahr 2000 wurde an der Umsetzung und Realisierung des Detailkonzeptes, vor allem der Module Wasserrecht, Messstellen und Abwasserentsorgung gearbeitet.
- **Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für die NÖ Bevölkerung:** Die Sicherstellung der Versorgung der NÖ Bevölkerung mit sowohl qualitativ einwandfreiem als auch quantitativ ausreichendem Trinkwasser bildet einen weiteren Schwerpunkt in den nächsten Jahren. Dazu wurde für ressourcenschonende und optimale Wasserversorgung am Projekt "Trinkwasserversorgungskonzept NÖ" gearbeitet. Ziel dieses Konzeptes ist es u.a. auch den Wasserversorgern unter Wahrung sowohl ihrer wirtschaftlichen als auch fachlichen Möglichkeiten die optimalste Form der für sie in Frage kommenden Wasserversorgung anzuzeigen.

Nach Abschluss der Phase 1 des Projektes "Trinkwasserversorgung für NÖ - STRATEGIEKONZEPT, ist zu erkennen, dass das in NÖ vorhandene Wasserdargebot auch zur zukünftigen Abdeckung des Bedarfes des Landes reicht, darüberhinaus ein bewirtschaftbarer Überschuss vorhanden ist, regional quantitative und qualitative Defizite bestehen, deren Behebung nur mit geeigneten Lenkungsmaßnahmen möglich ist.

- **Schutzgebiete:** Anhand der neu erstellten Schutzgebietsdatenbank und mit den laufend erweiterten regionalen Grundwassermodellen wurden ausgewählte Schutzgebiete laufend im Zuge von Wasserrechtsverfahren auf den heutigen Stand des Trinkwasserschutzes gebracht.
- **Grundwassersanierung:** Nach Prioritäten gereiht wurden fachliche Grundlagen für die Sicherung von Verdachtsflächen und Altlasten erarbeitet. Zusätzlich zu diesen punktuellen Sanierungsmaßnahmen erfolgten die organisatorischen Vorbereitungen (gemeinsam mit der NÖ LLWK), um im Herbst 2001 offensiv in die Umsetzung von „Regionalprojekten für den vorsorgenden Grundwasserschutz (ÖPUL 2000)“ einzusteigen.
- **Klärschlamm als Dünger:** Im Sinne der ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft erfolgten weiterhin Bemühungen auf unterschiedlichsten Ebenen, um qualitativ hochwertige Klärschlämme als Dünger in der Landwirtschaft einzusetzen. Dazu wurden auch Harmonisierungen zwischen Klärschlamm/Landwirtschaft und der vorgesehenen ÖPUL-Maßnahmen ins Auge gefasst. Zusätzlich wurden vom Ver

ein zur Förderung der Klärschlammverwertung eine Reihe von Beratungsaktivitäten gesetzt.

- Wasserkreisläufe schließen: „Wasser in der Region halten“ bzw. „Wasser als Lebensraum schützen bzw. wieder nutzbar machen“. Dazu sind innerhalb der Gruppe Wasser die Umsetzung von ökomorphologisch ausgerichteten Revitalisierungen entlang unterschiedlichster Gerinne in NÖ im Gange. Ähnlich, wie es bereits entlang der Pulkau geschehen ist, werden gesamtökologische Leitbilder erarbeitet, etwa an der Großen Tulln, die in der Region für die einzelnen Planer aber auch für die Kommunen fachliche Richtlinien für die optimale Umsetzung von entsprechenden Projekten darstellen.
- Gewässeraufsicht: Durch verstärkte Unterstützung der Gemeinden und Betriebe mit regelmäßigen aber auch anlassbezogenen Kontrollen von Anlagen und Gewässern und darauf aufbauend eine entsprechende Beratung der Betreiber verfolgte die Abteilung eine weitere Hebung des Verständnisses der Wasserbenutzer für die Notwendigkeit von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen. Zur systematischen Prüfung von Dämmen wurde ein NÖ Leitfaden für kleine Staudämme erstellt.
- Durch gezielte Einführung eines Qualitätsmanagements konnten weitere Optimierungen der Laufzeiten von wasserrechtlichen Verfahren erreicht werden.

Insgesamt gesehen ist war es das Ziel der Wasserwirtschaft, durch maßgebende fachliche Positionierungen in unterschiedlichsten Bereichen fachliche Richtlinien und Anhaltspunkte sowohl für die Planer, als auch für die Kommunen vorzulegen und diese im Zuge von Einzelverfahren unter Wahrung des Gedankens der Nachhaltigkeit auch umzusetzen.

ABTEILUNG UMWELTECHNIK (BD 4)

Bereich Luftgüteüberwachung

Art und Ausmaß der Luftgüteüberwachung war auch im Jahre 2000 weitestgehend durch den Vollzug des Smog-, Ozon- und Immissionsschutzgesetzes-Luft sowie einschlägiger EU-Richtlinien bestimmt. Insgesamt waren 36 stationäre und 2 mobile Messstellen des Landes Niederösterreich sowie 8 Messstellen der EVU's bzw. Industrie rund um die Uhr in Betrieb.

Besonderes Augenmerk wurde auch in diesem Jahr auf die kontinuierliche und flächendeckende Immissionskontrolle in Hinblick auf allfällige Immissionsalarmierungen gelegt. Während bei den Schadstoffen Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Kohlenmonoxid und Feinstäube (TSP) keine Konzentrationswerte beobachtet wurden, welche die Ausrufung der Vorwarnstufe oder einer Warnstufe veranlasst hätten, musste beim Ozon Mitte Juni die Vorwarnstufe ausgerufen werden. Das besonders heiße und sonnenstrahlungsreiche Wetter des Frühlings und des Frühsommers ließ die Ozonwerte in die Höhe schnellen. Die weitere Wetterentwicklung vor allem im Juli war eher für die Ozonentwicklung bremsend, sodass im Jahr 2000 kein weiteres mal die Ozonvorwarnstufe ausgerufen werden musste. Als auffällig ist aber zu bewerten, dass die mittlere Ozonbelastung trotz häufiger Schlechtwettereinbrüche im Hochsommer die höchsten Werte seit 1990, dem Beginn der qualitätsgesicherten Ozonmessung im NÖ Luftgüteüberwachungsnetz zeigte.

Die anderen, im Routinedienst der Luftgütemessung beobachteten Schadstoffe brachten zeigten keine besonders signifikanten Immissionsereignisse zu Tage, kleinere Überschreitungen der Grenzwerte für den vorsorgenden Immissionsschutz oder der noch strengeren für die Vegetation wurden aber immer wieder beobachtet. Unmittelbar zum Beginn des Jahres 2000 konnten anhand der Staubkonzentrationsmessungen an vielen Luftgütemessstellen die Immissionsauswirkungen durch die zahlreichen Feuerwerke zum Jahreswechsel beobachtet werden.

Die Teilnahme am wissenschaftlichen Großforschungsprojekt "AUPHEP" (Epidemiologische Staubuntersuchung), das von einigen Ministerien und fast allen Bundesländern getragen wird, lieferte wertvolles Datenmaterial. Im Rahmen dieses Projektes wurden u. a. am Standort Streithofen intensive Vergleichsmessungen für unterschiedlich große Staubteilchengrößen durchgeführt, aus denen auch wertvolle Erkenntnisse für den zukünftigen Staubgeräteinsatz beim NÖ Luftgütemessnetz gewonnen wurden.

Um das Messnetz an die Anforderungen an diverse EU-Richtlinien anzupassen, wurde unter anderem am Europaplatz in St. Pölten begonnen, mittels einer mobilen Luftgütemessstelle die Schadstoffimmissionen an neuralgischen Verkehrspunkten zu messen, um geeignete Standorte für EU-gemäße, stationäre Verkehrsimmissionsmessstellen zu erhalten. Immissionserhebungen mittels mobiler Messcontainer zur Verdichtung der Information über den landesweiten Zustand der Luftqualität wurden auch in Gutenstein und Kirchberg/Wechsel durchgeführt und brachten für diese Gebiete erfreulich gute, da niedrige Schadstoffwerte.

Die Veröffentlichung des Zehnjahresberichtes „Luftgüte 1988 – 1997“ auf CD-ROM Mitte Jänner 2000 war einer der Höhepunkte der Bemühungen, die Vielzahl der Luftgütemessdaten der Öffentlichkeit übersichtlich und anschaulich näher zu bringen. Gleichzeitig wurden auch die Internetpräsentation, die telefonischen Informationsdienste, das Berichtswesen und sonstige Servicedienste für die Öffentlichkeit betrieben und laufend verbessert. Auch der Erfahrungsaustausch mit den Luftgüteüberwachern der angrenzenden Bundesländer sowie Anrainerstaaten wurde intensiviert. Der Mitte Oktober 2000 durchgeführte Ringversuch in Bratislava, an dem neben NÖ Vertreter aus Tschechien, Slowakei, Ungarn und dem Burgenland teilnahmen, war einer der sichtbaren Beweise für die verstärkte Zusammenarbeit. Zu diesem Ringversuch waren die Teilnehmer mit technischen Standardausrüstungen für die Luftgüteüberwachung zur Abgleichung der Messanlagen und Überprüfung der am selben Messort gewonnenen Messreihen zusammengekommen. Die Untersuchungsergebnisse der NÖ Delegation waren als sehr positiv zu bewerten.

Das Jahr 2000 brachte auch technische Verbesserungen der Messnetzausrüstung. Schwerpunkt war die dringend notwendige Erneuerung von rd. 20 Stickstoffoxide-Analysatoren zur Erfassung von Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂), beide hauptsächlich durch den Kfz-Verkehr hervorgerufen. Letzterer Schadstoff ist nicht nur selbst ein in bereits geringen Konzentrationen einwirkendes Schadgas, sondern auch eine wichtige Vorläufersubstanz für die Ozonbildung, das in Anbetracht der niedrigen Immissionsgrenzwerte einer exakten Erfassung bedarf. Auch in der Messnetzzentrale wurde mit einer umfangreichen Umstellung der Messnetzsteuerungs- und Auswertesoftware begonnen, die den neuen Anforderungen an Hardware und Benutzerfreundlichkeit entspricht.

Bereich Lärm und Luftreinhaltung

In der Abteilung Umwelttechnik BD4 sind 4 Amtssachverständige für Lärmschutz und 5 für Luftreinhaltung tätig. Pro Jahr werden im Zuge von kommissionellen Verhandlungen und nach Ersuchen der verschiedensten Behörden ca. 1100 fachspezifische Gutachten und Stellungnahmen erarbeitet. Durch zunehmendes Umweltbewusstsein, neue Technologien, neue gesetzliche Grundlagen wie z.B. UVP steigen derartige Anforderungen stetig.

Die Genehmigungsbehörden sind gesetzlich angehalten, mögliche Auswirkungen von Projekten auf Nachbarschaften zu prüfen. Dem technischen Sachverständigen kommt es daher in den entsprechenden behördlichen Verfahren zu, anhand der in den Projektunterlagen angegebenen Emissionen Befunde und Gutachten über die Höhe der in der Nachbarschaft zu erwartenden Immissionen zu erstellen. Auf Basis der von technischen und medizinischen Sachverständigen erarbeiteten Beurteilungsergebnisse werden fallweise zusätzliche Auflagen zur Vermeidung unzumutbarer oder gesundheitsgefährdender Immissionen ausgearbeitet, welche dann von den Behörden im Genehmigungsverfahren vorgeschrieben werden.

Konkrete „Maßnahmen des Umweltschutzes“ werden daher von den technischen Amtssachverständigen im Zuge von Genehmigungen insofern gesetzt, dass in Zusammenarbeit mit den Behörden Vorschriften, Betriebsbedingungen u.a. festgelegt werden, um Nachbarschaftsbereiche nach einschlägigen Beurteilungskriterien vor unzumutbaren Belästigungen oder Gesundheitsgefährdungen zu schützen.

Anti-Atomkoordinator:

Das Aufgabengebiet des Anti-Atomkoordinators umfasst:

- Vertretung des Standpunktes des Landes Niederösterreich in seiner Anti-Atompolitik
- Verstärkter Erfahrungsaustausch mit den Nachbarländern über Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs insgesamt und insbesondere des Verbrauchs elektrischer Energie sowie den Einsatz erneuerbarer Energieträger und die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung
- Zusammenarbeit mit dem Atomrechtsbeauftragten des Landes Niederösterreich sowie mit Bundesstellen, anderen Bundesländern, nichtstaatlichen Organisationen und anderen Landesdienststellen

Schwerpunkte im Jahr 2000 waren:

- Einbringung der Stellungnahme des Landes Niederösterreich zum laufenden UVP-Verfahren der Nebengebäude des AKW Temelín beim tschechischen Umweltministerium
- Teilnahme an der tschechischen Erörterung im UVP-Verfahren der Nebengebäude des AKW Temelín in Tyn nad Vltavou
- Teilnahme an einer öffentlichen Informationsveranstaltung zum UVP-Verfahren der Nebengebäude des AKW Temelín, bei der das Land Niederösterreich Mitveranstalter war
- Studie für eine Biomasse-Fernwärmeversorgung für die Ortschaft Dukovany
- INTERREG IIc-Projekt „Schritte und Strategien zur Verbesserung der Umwelt durch transnationale Kooperation und Netzwerkbildung“ für die Regionen Südböhmen, Südmähren, Westslowakei, Westungarn, Wien, Niederösterreich und Burgenland
- Teilnahme an der Tagung „Erneuerbare Energie“ im Rahmen der Tschechisch-Österreichischen Energiepartnerschaft in St. Pölten als Mitveranstalter
- Teilnahme an der Tagung „Kraft-Wärme-Kopplung“ im Rahmen der Tschechisch-Österreichischen Energiepartnerschaft in Prag als Referent

ABTEILUNG HAUSTECHNIK (HB 4)

Nachrüstung von Energie-Optimierungsanlagen mit Contracting-Finanzierung

Betriebskostensenkung lautet bei zunehmender Budgetknappheit das Gebot der Stunde.

Für den nachträglichen Einbau von Energie-Optimierungsanlagen (Lastabwurf-Systeme für elektrische Leistungsspitzen) mussten bei herkömmlicher Finanzierung Investitions-Kosten in der Höhe von etwa ATS 200.000,- bis ATS 300.000,- getätigt werden, um jährliche Stromkostenreduktionen von ATS 50.000,- bis ATS 100.000,- realisieren zu können. Die Amortisationsdauer lag bei 2,25 bis 5 Jahren.

Voraussetzung für den wirtschaftlich sinnvollen Einbau einer Energie-Optimierungs-Anlage:

- elektrische Anlagen mit Gewerbe- bzw. Sondertarif (Verrechnung eines Leistungs-Preis-Anteils durch das Elektroversorgungsunternehmen)
- mind. 30 kW Leistungsspitze
- Energieerfassung im ¼-Stundentakt (für Haushalte nicht geeignet)

Für den Einbau bei nachstehenden Landespensionistenheimen wurden unterschiedliche Modelle der Contracting-Finanzierung gewählt:

Landespensionistenheim Hollabrunn

Für das LPH Hollabrunn erfolgte nach Verhandlungen mit dem Elektroversorgungsunternehmen die Vorfinanzierung in der Höhe von ATS 252.000,- durch die EVN. Die Errichtung der Anlage wurde durch das Amt der NÖ Landesregierung ausgeschrieben. Ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung und Übernahme begann die Rückzahlung des zinsenlosen Darlehens in 50 gleich hohen Monatsraten.

Da ab dem Beginn des Rückzahlungszeitpunkts die Anlage bereits in Betrieb war, ergaben sich bereits monatliche Einsparungen. Dadurch bedingt wird das laufende Budget auf die Dauer von 50 Monaten nur mehr mit ca. ATS 1.000,- (je Monat) belastet!

nicht offenes Vergabeverfahren:	1999
Fertigstellung:	Mai 2000
Jährliche Stromkostensparnis:	ca. ATS 50.000,-
Anlagenerrichter:	Fa. Redl GesmbH, Hollabrunn
Planung und örtliche Bauüberwachung:	Abt. Haustechnik, BIR Ing. Scheider

Landespensionistenheim Gänserndorf

Für den Einbau der Energie-Optimierungsanlage wurde – bei der Abt. Haustechnik bisher unüblich – eine funktionelle Beschreibung (samt Vorgabe der Qualitätsanforderungen und Ausstattungsstandards) gewählt. Wobei erst nach Fertigstellung und Übernahme der Anlage mit den Rückzahlungen begonnen wird. (36 gleich hohe Rückzahlungsraten in der Höhe von ATS 6.936,- inkl. Verzinsungsanteil).

Da ab diesem Zeitpunkt bereits nur mehr reduzierte Stromkosten zu entrichten sind, ist dabei keinerlei finanzieller Aufwand erforderlich, da die Raten durch die Stromkosteneinsparungen zur Gänze abgedeckt werden können!

(Bei herkömmlicher Finanzierung wären hingegen Investitionskosten in der Höhe von ATS 216.000,- zu entrichten gewesen.)

Ab dem Ende der Rückzahlung (36 Monate wurden gewählt, da die Gewährleistungsfrist 3 Jahre beträgt) ist mit Stromkosteneinsparungen in der Höhe von ATS 80.000,- pro Jahr zu rechnen.

nicht offenes Vergabeverfahren:	Dez. 2000 / Jänner 2001
Anlageneinbau:	März / April 2001
Fertigstellung:	Ende April 2001
Jährliche Stromkostensparnis:	Prognose ATS 80.000,-
Anlagenerrichter:	Fa. Elektro Mörth GesmbH, Kammersdorf
Planung und örtliche Bauüberwachung:	Abt. Haustechnik, BIR Ing. Scheider

Allgemeines

Die Leistungsbegrenzung (Leistungsüberschreitungen eines voreinstellbaren Wertes werden durch kurzfristige Abschaltungen „träger Verbraucher“ verhindert) erfolgt per Mikroprozessor (mit Trendrechner). Die sonst auftretenden Leistungsspitzen („Berge“) werden in nachfolgende „Täler“ verlegt.

Dies ist jedoch nur bei „trägen elektrischen Speichermedien“, wie Heiz- und Kühlleistungen, möglich.

- Heizleistungen
- Kochwärme (Kippbratpfannen, Kochkessel, ...), Heizungen von Waschmaschinen und Wäschetrocknern, elektrische Fußbodenheizungen, Dachrinnenheizungen, sonstige elektr. Heizungen
- Kühlleistungen
- Kühlkompressoren für größeren Kühlleistungen z.B. für Kühl- und Tiefkühlräume
- Sonstiges
- Eventuell auch Reduktion von Lüftungsleistungen (kurzfristige Umschaltung auf eine niedrigere Leistungsstufe bei Lüftungsanlagen)

Eine Trennung der Steuer- von den Heiz- bzw. Kühlleistungen ist erforderlich. Hierbei werden nur die Heiz- bzw. Kühlleistungen kurzfristig abgeschaltet, die Steuer- bzw. Motorstromkreise bleiben weiter in Betrieb. Dadurch wird z.B. der Kochprozess geringfügig verlängert, im Betrieb dürfen jedoch sonst keine Beeinträchtigungen auftreten.

Dies bewirkt: geringere Leistungsspitzen (kW) bei gleicher elektrischer Arbeit (kWh)
= geringere Stromkosten.

Anmerkung

Im Zuge der Strom-Liberalisierung ab Anfang Oktober 2001 kommt dem Einbau derartiger Anlagen erhöhte Bedeutung zu, da bei der Abnahme geringerer elektrischer Leistungen (kW) bei relativ hoher elektrischer Arbeit (kWh), d. h. einer hohen Jahresstundenauslastung, günstigere Verhandlungsergebnisse erzielt werden können,

da dies aus technischer und wirtschaftlicher Sicht den Elektroversorgungsunternehmen entgegen kommt.

$$\text{Jahresauslastungsstunden}^* = \frac{\text{elektrische Arbeit (kWh)}}{\text{Leistungsspitze (kW)}}$$

*) je höher die sich daraus ergebende Stundenzahl, umso wirtschaftlicher

ABTEILUNG STRASSENSPEZIALTECHNIK (ST 6)

In den Neubauten der Straßenmeistereien Scheibbs und Laa/Thaya wurde statt fossiler Energie erneuerbare Energie in Form von Hackgutheizungen eingebaut. Gleichzeitig wurden in diesen Gebäuden für die Warmwasserbereitung Solaranlagen vorgesehen.

Derzeit werden vom Fachbereich Straßenhochbau (Gebäudetechnik) 21 Hackgutheizungen, 5 Fernwärme (Biomasse-)Heizungen, 10 Photovoltaikanlagen, 37 Warmwassersolaranlagen, 14 Wärmepumpenanlagen und 2 Windkraftanlagen betreut.

ABTEILUNG WASSERBAU (WA 3)

Wasserbau

Die Hauptaufgabe der Abteilung Wasserbau ist die Sicherstellung eines möglichst wirtschaftlichen Hochwasserschutzes für Siedlungs- und Industriegebiete unter Beachtung auf die Sicherung und Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer, sowie im Rahmen des landwirtschaftlichen Wasserbaues die Durchführung von kulturtechnischen Maßnahmen wie Ent- und Bewässerungsanlagen und Strukturverbesserungsmaßnahmen im ländlichen Raum.

Gewässerbetreuungskonzepte, als übergeordnete, interdisziplinäre Planungsinstrumente, sollen dabei helfen die vielfältigen Nutzungsinteressen an Fließgewässern zu koordinieren.

Die Maßnahmen des Wasserbaues sind u.a. der „Passiver Hochwasserschutz“, wie z. B. die Einlösung häufig überfluteter Grundstücke und Objekte und der „Aktive Hochwasserschutz“ wie zum Beispiel Hochwasserrückhaltmaßnahmen.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Wasserbaues ist die Gewässerpflege und die Durchführung ökologische Maßnahmen.

In Niederösterreich existieren 71 Schutzwasserverbände, die satzungsgemäß die Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen an Gewässern durchführen.

Die wichtigsten Umweltprojekte im Jahr 2000 waren das Life Natur Projekt „Lebensraum Huchen“ und das 5b-Projekt Url Vorlanddotation und Altarmeinbindung in Aschbach.

Das Life Natur Projekt „Lebensraum Huchen“ bezweckt konkrete Verbesserungen für gefährdete Tier und Pflanzenarten und ihre Lebensräume.

Der Huchen als Titel wurde stellvertretend für eine Vielzahl geschützter Arten gewählt.

In den Jahren 1999 bis 2003 sollen ökologische Verbesserungen an den Flüssen Pielach, Melk und Mank realisiert werden.

Hierbei stehen Maßnahmen im Vordergrund, die den flussgebundenen Tieren und Pflanzen zugute kommen werden. Gleichzeitig werden dadurch auch Akzente zur Erhaltung der Flusslandschaften des Mostviertels gesetzt.

Ein Projektschwerpunkt liegt in der biologischen Vernetzung von Pielach, Melk und Mank mit dem Wachauabschnitt der Donau. Derzeit können viele Fischarten nicht zu ihren Laichgründen gelangen, da das Fließgewässerkontinuum insgesamt 13mal unterbrochen ist. Um den Fischen und allen anderen Wasserorganismen die notwendigen Wanderungen zu ermöglichen, werden in Zusammenarbeit mit den Wehr- und Mühlenbesitzern bzw. -pächtern Möglichkeiten zur Umgehung der 13 Kontinuumunterbrechungen ausgearbeitet und umgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt an der Pielach betrifft die langfristige Erhaltung der noch vorhandenen flusstypischen Mäanderstrecken. Zu deren Schutz werden in Zusammenarbeit gemeinsam mit den Anrainern Uferbegleitstreifen angelegt bzw. Pufferflä

chen geschaffen. Der bestehende Hochwasserschutz wird dadurch nicht verändert. Schwerpunkte dafür sind die Neubacher Au und die Mühlau.

Die fachliche Abwicklung dieses Vorhabens erfolgt als Gemeinschaftsprojekt von den Abteilungen Wasserbau und Naturschutz.

Die Url Vorlanddotation und Altarmeinbindung in Aschbach ist die erste konkrete Umsetzung und Ergebnisse der „Url Flusstudie“.

Die Url wurde im Bereich Aschbach Mitte der 60-iger Jahre in Teilabschnitten reguliert.

Dabei wurden Mäander abgeschnitten und dadurch nutzbares Ackerland gewonnen und der Hochwasserschutz für Siedlungsbereiche erlangt

Um die Probleme zu analysieren und Lösungskonzepte aufzuzeigen, wurde „Die Url Flusstudie“ bei der Universität für Bodenkultur beauftragt und aus Mittel des NÖ Landschaftsfonds finanziert.

Durch die Anbindung eines vorhandenen Altarmrestes an das Flussregime und Dotation von Vorlandbereichen wird eine Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes erreicht und durch Schaffung vielfältiger Strukturen und Errichtung einer Fischaufstiegshilfe wurde die ökologische Situation erheblich verbessert. Weiters wurden großzügige Pufferzonen zwischen den landwirtschaftlich genutzten Bereichen und der Url angelegt.

ABTEILUNG SIEDLUNGSWASSERWIRTSCHAFT (WA 4)

Wie in den vergangenen Jahren auch, hat der Bund und vor allem das Land NÖ den Ausbau von öffentlichen Ver- und Entsorgungsanlagen finanziell unterstützt.

Das von Bund und Land geförderte Bauvolumen betrug im Jahr 2000 rd. 3,2 Mrd. ATS, wozu vom Land NÖ nicht rückzahlbare Beiträge in einem Gesamtausmaß von rd. 500 Mio. ATS zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesem massiven Einsatz von Landesmitteln konnten in den öffentlichen Ver- und Entsorgungsbereichen zumutbare und sozial verträgliche Abgaben und Gebühren sichergestellt werden.

Der Ausbaugrad der zentralen Abwasserbeseitigung vergrößerte sich auf nahezu 75% der Bevölkerung.

ABTEILUNG TECHNISCHE KRAFTFAHRZEUGSANGELEGENHEITEN (WST 8)

Bei der Abteilung Technische Kraftfahrzeugsangelegenheiten - Dienstkraftwagenbetrieb wurden im Jahre 2000 verstärkt Fahrzeuge mit geringerem Kraftstoffverbrauch angeschafft.

Weiters besitzen diese Fahrzeuge Katalysatoren (auch bei Dieselmotoren).

Die Ölwechselintervalle wurden durch Einsatz von hochwertigen Motorölen wesentlich verlängert.

Auch die Verwendung von Biodiesel wurde mit einem Versuch gestartet, welcher derzeit noch läuft.

ABTEILUNG RAUMORDNUNG UND REGIONALPOLITIK (RU 2)

Strategische Umweltplanung im nördlichen Industrieviertel

Der Südraum von Wien ist durch eine dynamische Siedlungsentwicklung bei bereits bestehender hoher Nutzungsintensität gekennzeichnet, was vor allem Belastungen in den Bereichen Verkehr und Umwelt mit sich bringt. Allein die bereits gewidmeten Flächen bieten noch ein großes Entwicklungspotential für Wirtschaft und Siedlungstätigkeit in der Region. Im nördlichen Industrieviertel wird nun eine Planung auf regionaler Ebene in Angriff genommen. Nachhaltiger Grundgedanke dabei ist: Der Lebensraum soll von den Bewohnern für die Bewohner erhalten und der Wirtschaftsstandort gesichert werden.

Bei Umweltplanung im Sinne von gesamtheitlicher Planung des Lebensraums gilt es, verschiedene Aspekte zu beachten: Verkehr, Wirtschaft (Handel und Gewerbe), Freizeit und Erholung, der Wunsch nach Grünland, soziale Komponenten, Siedlungsdruck und vieles mehr müssen auf einander abgestimmt werden. Die Belastbarkeit wird dabei eine immer wichtigere jedoch sehr kontroversielle Frage: Einbußen in den Bereichen Umwelt und Lebensqualität stehen einer möglichen Entindustrialisierung (Gefahr des Verlustes an Arbeitsplätzen und der Nahversorgung) gegenüber.

Für die weitere Entwicklung der Region muss also ein gemeinsamer Standpunkt für alle Komponenten der Planung gefunden werden. In diesen Arbeitsprozess soll über Diskussionsrunden auf allen Ebenen auch die Öffentlichkeit einbezogen werden. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort will man Voraussetzungen und Ausgangspunkte für zukünftige Planungen finden, die in der Region selbst verankert sind. Nach dem Motto „aus der Region für die Region“ gilt es, durch gemeinsame Arbeit in Kleinregionen gemeinsame Lösungen zu finden. So hat nicht mehr ein Standort, eine Gemeinde mit vorhandenen Problemen zu kämpfen oder Planungsvorschläge zu präsentieren, sondern durch ein gemeinsames Auftreten als Raum und Region ergibt sich ein institutionalisiertes Miteinander. Dadurch werden auch Probleme weniger auf einen Punkt konzentriert, ihre Lösungen kommen einem größeren Bevölkerungskreis zugute. Die auf diesem Weg konzipierten Planungen werden ständigen Prüfungen unterzogen, entsprechend einer in Ausarbeitung befindlichen EU-Richtlinie.

GRUNDSÄTZE UND ZIELE

Als wichtigste Thesen der Strategischen Umweltplanung kann man ansehen:

- Wirtschaft, Arbeitsplätze, Nahversorgung und Lebensqualität erhalten, ohne die Umwelt zu gefährden
- bei Besiedelung Freiräume sichern
- Siedlungsschwerpunkte mit hoher infrastruktureller Ausstattung für den öffentlichen Verkehr schaffen
- Verschränkung von Planung und Prüfung
- Planungsprozess bottom-up und nicht top-down

Für das nördliche Industrieviertel könnte das bedeuten: hohe infrastrukturelle Ausstattung an S-Bahn-Achsen, verstärkte Nutzung der S-Bahn in der Region, Verdichtung der Bahnintervalle, Ausbau der Südbahn, neue Tarifstruktur als Anreiz zur verstärkten Nutzung des öffentlichen Verkehrs, Bau der B 301 (Südumfahrung) sowie lokaler Ortsumfahrungen, Berücksichtigung der Bedürfnisse der Freizeitwirtschaft (Radwege).

Ein Regionales Raumordnungsprogramm fördert meist das Problembewusstsein, eine Strategische Umweltplanung erleichtert die Aufarbeitung der erkannten Schwachstellen. Die Raumordnung kann aber nicht an Stelle der Gemeinden Widmungen festlegen oder zurücknehmen. Daher muss der Arbeitsprozess an der Strategischen Umweltplanung von den Betroffenen (Gemeinden, Kleinregionen) ausgehen. Das Problembewusstsein sollte die Gemeindegrenzen sprengen und gemeinsame Arbeitsgrundlagen ermöglichen, freiwillige Zusammenarbeit gibt es ja bereits. Daher wird es zwei Planungsebenen geben, eine gesamtregionale und eine kleinregionale, die über laufende Diskussionsrunden verbunden werden.

SUP - DAS GERÜST DES PLANUNGSVERFAHRENS

Ein effizientes und wirksam umsetzbares Planungsverfahren sollte so abgewickelt werden, dass es für alle ablesbare und spürbare positive Ergebnisse erzielt. Daher ist auch darauf zu achten, dass es zu einer Kooperation statt - wie bisher häufig beobachtet - zur Konfrontation kommt und dass die Planung sachlich verläuft, damit die komplexe Thematik einer Regionalplanung auf angemessenem fachlichen Niveau abgearbeitet werden kann. Die Dauer des Prozesses sollte möglichst kurz gehalten werden, damit das, was am Anfang konzipiert wurde, am Ende nicht bereits wieder überholt ist.

Die Strategische Umweltplanung im nördlichen Industrieviertel wird in folgenden Schritten ablaufen: Problemerkennung durch Fragebögen an Gemeinden – Ist-Analyse und Prognose einer Nullvariante (Szenarium bei unveränderter Entwicklung) – Leitbild- und Zieldiskussion in einer Regionalkonferenz sowie in der Folge in kleinregionalen Kooperationsplattformen – Formulierung der regionalen Entwicklungsziele der Kleinregionen – SUP-Vorverfahren (vergleichende Vorprüfung der Szenarien auf Umweltverträglichkeit) – Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzeptes – Erstellung eines Umweltberichtes und Prüfung im Sinne der EU-SUP-Richtlinie – Endfertigung des Regionalen Entwicklungskonzeptes.

DAS ENDPRODUKT: REGIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT

Am Ende des Planungsprozesses steht ein „Regionales Entwicklungskonzept mit Umwelterklärung“. Dieses Regionale Entwicklungskonzept soll unter Beachtung der spezifischen unterschiedlichen Strukturen in den Kleinregionen entstehen und mit den Gemeinden der Region bzw. mit Kleinregionalen Plattformen abgestimmt sein, ohne aber die engen Wechselbeziehungen und Vernetzungen innerhalb der Gesamtregion sowie mit den angrenzenden Großstädten aus den Augen zu verlieren. Weiters sollen die Auswirkungen des Entwicklungskonzeptes auf die Umwelt so dargelegt werden, dass diese Erklärung den Kriterien einer „Strategischen Umweltprüfung“ im Sinne der in Ausarbeitung befindlichen EU-Richtlinie entspricht.

ARBEITSBEGINN: DER FRAGEBOGEN

Über einen Fragebogen wurden die in den Gemeinden des nördlichen Industrieviertels vorhandenen Probleme detailliert erfasst. Das Ergebnis der Auswertung dieser Fragebögen ist Grundlage zur Strukturierung des gemeinsamen Planungsprozesses (siehe auch: www.noel.gv.at/service/ru/ru2/StrukturSUP.htm) und verweist u.a. auf folgende Probleme:

- Problembereich Umwelt: allgemein starke Belastung durch Lärm und Abgase, Verursacher hauptsächlich KFZ- und Flugverkehr sowie Betriebe außerhalb des Gemeindegebietes und die Bahn
- Problembereich Verkehr: starke Belastung durch Durchzugsverkehr, öffentlichen Verkehr aufgrund teilweise unzureichender Bedienungsqualität
- Problembereich Freizeit und Erholung: es mangelt teilweise an der gemeindeübergreifenden Abstimmung von Erholungszonen
- Problembereich Naturraum: teilweise Probleme mit NATURA 2000, Defizite bei Schutzmaßnahmen für Trinkwasservorkommen, teilweise Überflutungsgefahr für Siedlungsgebiete, Förderungen für Erdwärme und Solarenergie, Radwege, Luftgütemessungen
- Problembereich Raumordnungspolitik: In der Region gibt es eine Vielzahl von Themen die zu Konflikten führten und führen und dass sich hier – wahrscheinlich aufgrund des relativ hohen Tempos, in dem sich die Veränderungen des Lebensraumes abspielen und des hohen Bildungsniveaus – eine stärkere Bereitschaft entwickelt hat, über ein Netz selbstorganisierter Gruppen Bürgerproteste zu artikulieren.

ABTEILUNG UMWELTWIRTSCHAFT UND RAUMORDNUNGSFÖRDERUNG (RU 3)

Abfallwirtschaft in Niederösterreich

Mit Stand 31.12.1999 gibt es in Niederösterreich 23 Gemeindeverbände für Abfallwirtschaft. Ca. 92,5% (530 von 573) der Gemeinden sind an Gemeindeverbände für Abfallwirtschaft angeschlossen. Die restlichen 43 Gemeinden nehmen ihre abfallwirtschaftlichen Aufgaben selbst wahr.

Abfallmengenentwicklung zwischen 1990 und 1999

Das Aufkommen an Restmüll und Sperrmüll hat von 1990 bis 1994 kontinuierlich abgenommen. Ab 1995 ist eine Steigerung zu verzeichnen. Im Jahr 1998 konnte der Rest- und Sperrmüll wieder um 2,6 % (bezogen auf 1997) gesenkt werden. 1999 stiegen diese Mengen allerdings wieder um 5,7 %. Das Gesamtabfallaufkommen zeigt weiter steigende Tendenz.

Kommunales Abfallaufkommen 1999

Das kommunale Abfallaufkommen von Haushalten, öffentlichen Gebäuden und Kleingewerbebetrieben betrug im Jahr 1999 576.982 Mg (Rest- und Sperrmüll: 264.695 Mg, Biogene Abfälle: 109.752,1 Mg, Problemstoffe: 5.470 Mg, Altstoffe: 197.065 Mg). Das entspricht einer Mengensteigerung von ca. 6,3 % im Vergleich zum Vorjahr.

NÖ Abfallwirtschaftskonzept 2000

Das NÖ Abfallwirtschaftskonzept 2000 (NÖ AWK 2000) wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung am 5. September 2000 beschlossen und ist als Aktualisierung und Fortschreibung des NÖ Abfallwirtschaftskonzeptes von 1992 zu verstehen. Insbesondere haben in die Aktualisierung die in den Jahren 1996 - 1997 erlassenen bundesrechtlichen Regelungen zur Behandlung und Deponierung von Abfällen (Deponieverordnung, Wasserrechtsgesetznovelle-Deponien) ihren Einfluss gefunden.

Die Hauptzielrichtungen des NÖ Abfallwirtschaftskonzeptes 2000 sind:

- Weitere Verbesserung der Organisationsstruktur
- Reduzierung / Stabilisierung des Abfallaufkommens
- Optimale Ausschöpfung von Verwertungspotenzialen
- Umweltgerechte Behandlung, Deponierung der reaktionsarmen Reststoffe nach dem Vorsorgeprinzip

Folgende Projekte wurden im Jahr 2000 außerdem durchgeführt:

Müllometer

Im Rahmen der Enquete „Abfallwirtschaftsverbände in Niederösterreich - Fit für den Bürger“, am 23.11.2000, wurden „Müllometerurkunden“ als Dokumentation und Auszeichnung der Sammelleistungen der Verbände feierlich überreicht.

Müllanalysen – Optimierung der Altpapiersammlung in NÖ

Die Studie zur Altpapierreduktion im Restmüll entstand in Zusammenarbeit mit dem NÖ Abfallwirtschaftsverein und beinhaltet eine Grundlagenerhebung z.B. Analyse derzeitiger Sammelsysteme, Sortierungsanalysen zur Ermittlung des Anteils der Papierverpackungen im Altpapier und Feststellung von Optimierungspotentialen der Sammelsysteme.

Müllanalysen in Wohnhausanlagen

Die bisherigen Müllanalysen in Wohnhausanlagen haben gezeigt, dass ca. 50–70 Gewichtsprozent des Restmülls bei getrennter Sammlung verwertbar wären. Diese Potentiale sollen durch die im Projekt gewonnenen Erkenntnisse zur Verbesserung der Getrennten Sammlung genutzt werden. An dem Projekt beteiligen sich die Verbände Schwechat, Baden, Bruck/Leitha und Tulln. Die Fertigstellung erfolgte im Dezember 2000. Aufbauend auf den Ergebnissen wird ein Leitfaden für die Planung und Gestaltung von Altstoffsammelstellen bei Wohnhausanlagen erstellt.

Elektroschrottsammlung

Für die Elektro- und Elektronikaltgerätesammlung (EAG Sammlung) im Jahr 2001 wurden Vorarbeiten geleistet.

Homepages

Die Internetseiten der Abteilung wurden vollständig überarbeitet. Seit 15. Mai 2000 sind die Angebote auf <http://www.noe.gv.at> unter den Auswahlpunkten Umwelt / Abfall, Umwelt / Umweltschutz online.

Bauschuttkonzept für den Bezirk Mistelbach

Die Studie wurde im Frühjahr 2000 fertiggestellt und veröffentlicht. Im Jahr 2001 werden die Ergebnisse für eine NÖ weite Lösung evaluiert und Maßnahmen erarbeitet.

Broschüre „Wohin mit dem Bauschutt?“

Die Broschüre ist im Juli 2000 erschienen und von der Öffentlichkeit gut aufgenommen worden. Für 2001 ist eine ergänzte Fassung geplant.

NÖ Kompostaktivitäten

- Zur Qualitätssicherung der Kompostierung im Hausgarten wurde das Merkblatt „Der Komposthaufen“ als Teil 5 des NÖ erstellt
- Delegiertentätigkeit für das Land Niederösterreich innerhalb der Arbeitsgruppe „Bodenschutz“ im Rahmen des Arbeitskreises „Raumordnung und Umweltschutz“
- Vorarbeiten für die „Biowaste Conference 15. - 17.Mai 2001 in St. Pölten und Wien“
- „NÖ Wurmkompostsystem“

Zur Unterstützung von abfallwirtschaftlichen Planungen im Bereich der biogenen Abfälle sind in Auftrag gegeben worden:

- das Projekt und die Studie „Umweltrelevanz der dezentralen Kleinkompostierung – klimarelevante Gasemissionen, flüssige Emissionen, Massenbilanzen, Hygienisierungsleistungen“ – mit einer Kostenbeteiligung gemeinsam mit dem BMUJF, dem UBA und den Bundesländern (W, OÖ, St, T); 2. Zwischenbericht.
- Studie „Reduktion des Bioanteils im Restmüll in NÖ“

Mehrwegwindel-Förderungsprojekt

Mit dieser gezielten Förderungsaktion soll ein Anreiz für den Ankauf von Mehrwegwindeln geschaffen werden. Konkretes Ziel ist die Reduktion des hohen Anteils von Einwegwindeln im Restmüll.

Vermeid-Tipps-Broschüre

Als Grundlage für die Erstellung wurden sämtliche bisher vorhandenen Tipps zusammengetragen. Die Broschüre ist im April 2000 erschienen.

NÖ Wegweiser zum Reparieren, Verleihen und Secondhandkauf

Eine Broschüre mit Adressen von Betrieben und Konsumententipps wurde veröffentlicht. Dieses Nachschlagewerk soll anregen, wieder mehr zu reparieren, Sachen wiederzuverwenden, eventuell nur auszuleihen oder zu tauschen.

Immaterieller Konsum

Durch Anregungen und Anleitungen zum Erwerb alternativer Produkte und Dienstleistungen sollen der Bevölkerung Möglichkeiten zur Abfallvermeidung geboten werden.

Strukturoptimierung der Niederösterreichischen Abfallwirtschaft – Strukturstudie

Mit den Zielsetzungen der Strukturangleichung der 23 Abfallwirtschaftsverbände, die NÖ Nichtverbandsgemeinden verstärkt in die bestehenden Verbände zu integrieren und den Standard der bestehenden Abfallverbände zu wurde die Studie beauftragt und im November 2000 veröffentlicht.

Weitere Informationen

zur NÖ Abfallwirtschaft gibt es im Internet unter <http://www.noe.gv.at/umwelt/abfall.htm>

Ökomanagement

Das Niederösterreichische Umweltsystem für Wirtschaft und Verwaltung

Mit Ökomanagement, dem auf eine Initiative der beiden Landesräte Ernest Gabmann und Mag. Wolfgang Sobotka im Jahre 1998 ins Leben gerufenen Niederösterreichischen Umwelt System, fördert die NÖ Landesregierung die Einführung und Vernetzung von Umweltmanagementsystemen in einer Vielzahl von betriebl. und öffentlichen Einrichtungen (Gemeinden, Behörden, Krankenhäuser, etc.).

Ziel ist ein landesweiter kontinuierlicher Verbesserungsprozess, der Niederösterreich gemäß den Prinzipien der Nachhaltigkeit (Ressourcenschonung, Weiter- bzw. Wiederverwendung etc.) unter die Top Ten Regionen der EU führen soll.

Folgende Aktivitäten des Ökomanagement wurden im Jahr 2000/2001 gestartet:

- Ökomanagement für Schulen:
6 Schulen werden heuer zur Umweltzertifizierung geführt,
- Ökomanagement im Klimabündnisschwerpunkt Bruck an der Leitha/Hainburg/Schwechat:
Es wird ein Spezialprogramm für die Klimabündnisgemeinden dieses Dreiecks entwickelt,
- Ecodesign im Ökomanagement:
Das Thema ökologische Produktgestaltung wird durch Förderungen unterstützt,
- Ökomanagement für Tourismusbetriebe:
die Ökologisierung von Tourismusbetrieben wird forciert,
- Ökomanagement kommunales Umweltforum:
Im Rahmen des Ökomanagements wurde das kommunale Umweltforum für Umweltgemeinderäte als Informations- und Kommunikationsplattform gegründet.

ABTEILUNG UMWELTRECHT (RU 4)

Die Hauptaufgabe der Abteilung Umweltrecht lag bei der Vollziehung verschiedener Umweltrechtsvorschriften. Die Schwerpunkte lagen dabei in den Bereichen

Abfallwirtschaftsgesetz

- Genehmigung und Überwachung von Deponien und sonstigen Behandlungsanlagen
- Erfassung und Dokumentation des Abfallflusses gefährlicher Abfälle
- Zulassung und Überprüfung von Sammlern und Behandlern gefährlicher Abfälle
- Schwerpunktmäßige Überprüfungen bei Abfallbesitzern über Art, Menge und Verbleib von Abfällen einschließlich der Einhaltung der Melde und Aufzeichnungspflichten

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz

- Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Genehmigungsverfahren v.a. für thermische Abfallbehandlungsanlagen
- Überprüfung und Überwachung bestehender Anlagen.

Weitere Schwerpunkte der Umweltschutzes bildeten Aufgaben im Rahmen des NÖ Abfallwirtschaftsgesetzes 1992, des Chemikalienrechtes, des Bundesgesetzes über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen sowie des Umweltinformationsgesetzes.

Im Rahmen des auf Grundlage des Ozongesetzes erstellten Ozongesetzlichen Maßnahmenplanes für Wien, NÖ und Burgenland wurde für die Information und Bewusstseinsbildung der Bürgerinnen und Bürger eine eigene CD-ROM erstellt. Außerdem wurden alle NÖ Landesförderungen auf ihre Bedeutung für die Reduktion ozonrelevanter Emissionen untersucht.

Arbeitsschwerpunkte auf EU-Ebene lagen in der Mitarbeit bei Entwürfen für verschiedene umweltrelevante Rechtsakte, der Vorbereitung der EURO - Umstellung, der Koordination der Länderinteressen für den Umweltbereich im Hinblick auf die EU-Erweiterung, der Mitarbeit bei verschiedenen Programmen bzw. Projekten, insbesondere im Netzwerk IMPEL sowie bei fachlichen Beiträgen für die Abwicklung des Schriftverkehrs im Zusammenhang mit – möglichen – Vertragsverletzungsverfahren.

Die seit Jahren bestehenden internationalen Kontakte wurden – insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der EU – vertieft und weiter ausgebaut, aber auch neue Zusammenarbeiten, wie z.B. mit der Republik Mazedonien vereinbart.

KOORDINIERUNGSSTELLE FÜR UMWELTSCHUTZ (KfU)

Die Koordinierungsstelle für Umweltschutz befasst sich mit der Umsetzung der landespolitischen Umweltziele, forciert den vorsorgenden Umweltschutz und damit eine nachhaltige Umweltentwicklung in Niederösterreich.

Die Instrumente dazu sind vor allem „Öffentlichkeitsarbeit“, also die Information, Motivation und Wissensvermittlung über umweltbezogene Zusammenhänge und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für nachhaltigen Schutz unserer Umwelt. Die zweite Schiene ist die Planung, Mitarbeit und Umsetzung von Umweltprojekten, die primär kommunalen Charakter oder ökopädagogische Inhalte aufweisen.

Im einzelnen sind für das Jahr 2000 folgende Aktivitäten besonders erwähnenswert:

Klimabündnis

Leitung und Koordination der Klimabündnis-Aktivitäten des Landes Niederösterreich. Betreuung mehrerer Klimabündnis-Arbeitskreise (Land- und Forstwirtschaft, Entwicklungspolitik etc.), Seminarleitung, Beratung und Referententätigkeiten für NÖ Gemeinden, die einen Beitritt zum Klimabündnis erwägen. Veranstaltungsreihe „Entwicklungspolitische Impulstage“, Herausgabe des NÖ-Klimabündnis-Servicehandbuches, Abwicklung der NÖ Sonderförderung für klimarelevante Projekte. Vorbereitung des Leitprojektes „Schwerpunkt Klimabündnis Bruck a.d. Leitha – Hainburg – Schwechat“. Projekt „Schule und Region“, Ausstellung „Klima verbündet“, Vorbereitungsarbeiten für einen „Europäischen Klimabündnis-Wettbewerb“ etc.

Natur im Garten

Ziele:

- Konkretes Umweltziel – Verringerung von pro Jahr 3.000 t Mineraldünger, 5.000 t Torf und 70 t Pestizid-Reinwirkstoff in Niederösterreichs 326.000 Gärten und 15.000 ha Grünflächen
- Impulse für naturnahe Gartengestaltung
- Beeinflussung des Kaufverhaltens auf standortgerechte Pflanzen und umweltverträgliche Pflegemittel bewirken

Gartentelefon – 02742/74333:

- Im Jahr 2000 wurden 10.200 Anfragen beantwortet.

Gartenberatung vor Ort:

- Im Jahr 2000 wurden 1425 Gestaltungs- und Bewirtschaftungsberatungen durchgeführt.

Plakettenvergabe:

- Im Jahr 2000 wurden 360 Plaketten verliehen, immer im Rahmen einer Beratung

Die drei „Musskriterien“:

- keine Pestizide
- kein Torf zur Bodenverbesserung

- keine leicht löslichen Mineraldünger

Gartenbus:

- Im Jahr 2000 48 Einsatztage des erdgasbetriebenen Busses in ganz NÖ.

Ratgebermappe:

- Derzeitiger Abonnentenstand mit Jahresende 2000: 10.000

Bücher:

- Im Jahr 2000 Gamerith-Buch, Brandstätter-Verlag, Preis ÖS 350,- erste Auflage 5000 Stück bereits ausverkauft

Spiel-T-Räume:

- Im Jahr 2000 konnten 140 NÖ Gemeinden, Schulklassen, Elterngruppen usw. zur Teilnahme gewonnen werden. Sieger Hollabrunn (Eröffnung am 5. Mai 2001), Anerkennungspreis an Grametschlag.
- 2001 Erweiterung auf 3 gleichrangige Preisträger (Poysdorf, Wieselburg Land, Rossatz), Anerkennungspreis an Arnsdorf, Fest mit Preisverleihung in Rossatz am 26. 5.

Partnerbetriebe:

- Stand Jahresende 2000: 38 Partnerbetriebe, Kooperationen mit Innung und Landwirtschaftskammer sind ausgehandelt.

Marktforschung

Planung und Durchführung einer repräsentativen Marktforschung mit der Zielsetzung, die Zufriedenheit der NÖ MitbürgerInnen mit ihrer Umweltsituation abzutesten und allfällige zusätzliche Schwerpunkte für Umweltaktivitäten des Landes Niederösterreichs zu erkennen.

Öffentlichkeitsarbeit

Umweltserien und Aktionen gemeinsam mit den „NÖ Nachrichten“ und anderen Printmedien sowie dem ORF NÖ, Fortsetzung der „NÖ Umwelttipps“ in ORF-Teletext, Planung und Durchführung von Umwelt-Gewinnspielen und Veranstaltungen, Produktion von Umweltbroschüren, Merkblättern, Büchern, Plakaten etc. Organisation und Durchführung von Presse-Veranstaltungen, Neugestaltung der Umwelt-Videothek und –Bibliothek, Herausgabe der Umweltfachzeitschrift „Umwelt & Gemeinde“.

Umweltbildung

Schulprojekt „Kinder fürs Klima“ für Volks- und Hauptschulen bzw. AHS-Unterstufe, Murlispektakel 2000 „Umweltmuseum“ im Konventgarten des Stiftes Klosterneuburg; großer Klimawettbewerb „Klimaspots“, LehrerInnenfortbildung „Klimaspots“ zu den Themen Werbung und Klimabündnis; Koordinierung des Programms „Ökologisierung von Schulen“ in NÖ; UmweltBildungsService für Schulen ab der 5. Schulstufe; Ergänzung des Lehrerserviceordners; Unterstützung der Umweltspürnasen in NÖ; Animationsprogramm „Murli kommt in die Schule“; Hörspiel-CDs für die Volksschulen; Kin

dertheater „Die Welt hat einen Kater“; Jugendredaktion der Zeitschrift „Umwelt und Gemeinde“.

Nachhaltigkeits-Round-Table

Organisation der Veranstaltung in St. Pölten

Encore

Environment Conference of Regions of Europe; gemeinsame Ländervertretung in der Steuerungsgruppe.

MOEL

Mittel- und osteuropäische Länder; Organisation von gemeinsamen Umweltbemühungen mit Tschechien, Mazedonien und Slowenien.

ABTEILUNG GESAMTVERKEHRSANGELEGENHEITEN (RU 7)

2 Jahre Verkehrsspargemeinde

NÖ Landesverkehrskonzept

Im NÖ Landesverkehrskonzept 1997 wurde dargelegt, dass der motorisierte Verkehr in den nächsten Jahren weiter stark zunehmen wird. In einem Zeitraum von 15 Jahren (1995 bis 2011) wurde mit einer Steigerung des motorisierten Verkehrs um ca. 30% gerechnet. Eine Strategie wurde beschlossen, nach der durch verschiedene Maßnahmenbündel dieser Verkehrszuwachs auf den Straßen nur ca. 7% betragen soll. Dieses realistische Ziel ist um so verständlicher, da sich NÖ auch verpflichtet hat die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Eindämmung des Verkehrszuwachses soll auch durch die Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs erreicht werden. Die Akteure dabei sind fast immer die Gemeinden, da die entsprechenden Maßnahmen in deren Kompetenzbereich fallen. Die Mithilfe der Gemeinden zur Umsetzung der Zielsetzungen des NÖ-Landesverkehrskonzept wurde demnach als äußerst wichtig eingestuft. Es müssen neben Infrastrukturmaßnahmen auch Maßnahmen gesetzt werden, die ein Umdenken in der Bevölkerung. Die Bevölkerung soll durch Anreize und bewusstseinsbildende Maßnahmen zum freiwilligen Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel bzw. zum freiwilligen Verzicht auf das Auto besonders auf kürzesten Strecken verleitet werden. Das Pilotprojekt soll so angelegt werden, das auch anderen Gemeinden ermöglicht wird im eigenen Wirkungsbereich ein ähnliches Projekt umzusetzen. Daher war ein weiteres Projektziel den Kostenaufwand so gering wie möglich zu halten. Um langfristige Verhaltensänderungen zu bewirken, wurde eine Laufzeit von vier Jahren festgelegt.

Die Projektorganisation

Seit 1998 sorgen zwei Gruppierungen für den Ablauf bzw. das Fortbestehen des Projektes. Das Projektteam, das sich aus Vertretern der Stadtgemeinde Langenlois, dem Land Niederösterreich, dem Umwelt- und Verkehrsministerium zusammensetzt, gibt den groben Rahmen und die Zielsetzung vor. Das Akteursteam, das sich aus Vertretern der Stadtverwaltung und Stadtpolitik sowie aus Vertretern der örtlichen Wirtschaft zusammensetzt, ist für die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich.

Die Projektkontrolle und das Verkehrssparhandbuch

Um Aussagen über Erfolge tätigen zu können, wird das Projekt einer Kontrolle unterzogen. Ende 1998 wurde eine Vorher-Untersuchung durchgeführt, die aus einer umfangreichen Einwohnerbefragung und aus Verkehrszählungen bestand.

Um eine Übertragbarkeit auf andere Gemeinden zu ermöglichen, wird bereits während des Projektes ein praxisorientiertes „Verkehrsspar-Handbuch“ mit genauen Beschreibungen aller in Langenlois im Projektzeitraum durchgeführten Maßnahmen und deren Realisation sowie konkrete Tipps zur Nachahmung für alle anderen NÖ Gemeinden erstellt.

Themenschwerpunkte in den einzelnen Jahren

1999 Radfahren
2000 Radfahren und zu Fuß gehen
2001 öffentliche Verkehrsmittel, Fahrgemeinschaften und ökonomisches Fahren
2002 umweltverträgliche Mobilität insgesamt

Beispielhaft zwei Maßnahmen und die Ergebnisse der Kontrolle

„Radfahrer werden fotografiert“ (Wer mit einem Fahrrad unterwegs ist und fotografiert wird, der gewinnt einen Gutschein bei der lokalen Wirtschaft.) wurde zu 90% als sehr gut bzw. gut beurteilt, die Bekanntheit liegt bei 58%.

„Mitfahren“ (Zusteige- und Mitnahmesystem für die Stadt und einer Katastralgemeinde) wurde zu 82% als sehr gut bzw. gut beurteilt, die Bekanntheit liegt bei 40%.

Die Öffentlichkeitsarbeit

Durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit soll den Bewohnern und auch den Besuchern das Verkehr sparen nähergebracht werden. Im ersten Projektjahr - im Mai 1999 - wurde der Verkehrsparkongress unter internationaler Referenten- und Besucherbeteiligung abgehalten. Der ORF berichtete im Fernsehen. Artikeln in der Gemeindezeitung und in regionalen Medien wie auch ein Bericht im 3 Sat folgten. Das Projekt wurde auch bei internationalen Konferenzen als nachahmenswertes Positivbeispiel präsentiert. Weiters hat die Stadtgemeinde Langenlois eine „Verkehrsparsbroschüre“ mit Informationen zum Projekt und zu den einzelnen Maßnahmen aufgelegt.

Eine Veränderung der Verkehrsmittelwahl kann bereits beobachtet werden

Im Vergleich zur Vorher-Untersuchung 1998 konnte zwei Jahre später

- der Fußgängeranteil von 19% auf 22%,
- der Radfahreranteil von 3% auf 9% und der Anteil am öffentlichen Verkehr von 1% auf 3% vergrößert,
- der Anteil der Autofahrten hingegen von 62% auf 55% vermindert werden.

Diese Werte wurden unter Berücksichtigung der Witterung an den Erhebungstagen ermittelt.

Da das Projekt noch weitere zwei Jahre läuft, ist damit zu rechnen, dass sich „Verkehrssparen“ noch weiter in den Köpfen der Bevölkerung festigen wird und langfristig die Zunahme im Autoverkehr tatsächlich gestoppt werden kann.

Abschätzung der Schadstoff-Emissionen

- Reduktion der CO₂-Schadstoffe je Werktag um rund 5% (1,6 Tonnen) von 34,2 Tonnen (1998) auf 32,7 Tonnen (2000).
- Reduktion der Stickoxid-Emissionen je Werktag um rund 17% (0,02 Tonnen) von 0,12 Tonnen (1998) auf 0,10 Tonnen (2000).
- Reduktion der Kohlenwasserstoff-Emissionen je Werktag um rund 21% (0,03 Tonnen) von 0,15 Tonnen (1998) auf 0,12 Tonnen (2000).

ABTEILUNG LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSINSPEKTION (LF 7)

Die Abteilung Land- und Forstwirtschaftsinspektion, LF 7, beim Amt der NÖ Landesregierung hat die Vollziehung der NÖ Landarbeitsordnung 1973, LGBl.Nr. 9020-18 und des Gesetzes über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, LGBl.Nr. 6170-0 durchzuführen.

Im Rahmen dieser Tätigkeit, durch fortlaufende Betriebskontrollen in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, werden neben den Bereichen des Dienstnehmerschutzes für die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten auch folgende Maßnahmen betreffend Umweltschutz gesetzt:

- Lagerung und Aufbewahrung von Pflanzenschutzmitteln
- Lagerung von Dieselöl und sonstigen Ölen

NÖ ABFALLWIRTSCHAFTSVEREIN

Leistungsbilanz 2000

- Eintritt der Landeshauptstadt St. Pölten in den NÖ Abfallwirtschaftsverein
- Erhöhung der Anzahl der Mitgliedsgemeinden der NÖ Abfallwirtschaftsverbände
- Verpackungsverordnung:
 - Die Vertragsverhandlungen mit der ARGEV befinden sich in der Endphase
 - Die Verhandlungen mit der ARA konnten mit gutem Erfolg für die NÖ Abfallwirtschaftsverbände abgeschlossen werden
- Strukturoptimierung
 - Fertigstellung der Studie und des Maßnahmenkataloges
 - Präsentation bei Abfallwirtschaftsenquete
- Ankauf von über 5 Mio. „Gelbe Säcke“
- Aufbau der „Elektroaltgeräte-Sammlung“
- Ankauf von Gitterboxen zur EAG-Sammlung
- Senkung der Telefonkosten
- Inter- und Intranet, Öffentlichkeitsarbeitspool

5 Regionssprecher

vertreten die NÖ Entsorgungsregionen und sind sowohl die Informationsplattform als auch das Bindeglied zwischen den Verbändegeschäftsführern, den vier Arbeitskreisen und dem NÖ AWW.

Sie bearbeiten alle von den Mitgliedern eingebrachten Anträge, führen im Auftrag der Verbändegeschäftsführer diverse Vorverhandlungen (z.B.: Vertragsverhandlungen VVO) und legen die Tagesordnung der Geschäftsführerkonferenzen fest.

Der enorme Arbeitsumfang lässt sich sehr gut aus den in der Leistungsbilanz und den Arbeitskreisen aufgelisteten Projekten ersehen.

AK 1 – Öffentlichkeitsarbeit

- Mediaplan 2000
- Aktion „NÖ Abfall-Schulplakate
- Kooperation mit Radio RPN
- Medienbetreuung 2000
- NÖ-weite Plakataktion und Zusatzangebote
- Reparaturführer
- Öffentlichkeitsarbeits-Pool
- Broschüre „Vermeid-Tipps“
- NÖ Windel-Spar-Paket
- Planung ÖA 2001- 2003
- Aktionsplan 2001
- Start der Öffentlichkeitsarbeit zur EAG-Sammlung 2001

Arbeitskreisleiter Dr. Johann Mayr legt im Juni 2000 seine Funktion zurück. GF Josef Baireder übernimmt ab Juli 2000 die Leitung dieses Arbeitskreises. Als Koordinator wird Herr Franz Rybaczek beauftragt.

NÖ AbfallberaterInnen

entwickeln Ideen und arbeiten in 3 Arbeitsgruppen (Medien, Sammlung/Trennung/Verwertung und Vermeidung/Veranstaltungen) intensiv an der Umsetzung der NÖ-weiten Öffentlichkeitsarbeit 2001 mit.

AK 2 – Sammlung und Verwertung

- GUA-Studie
- EAG-Sammlung / Möglichkeiten der Umsetzung, Vorgangsweise
- Transportlogistik Müllverbrennung
- Sperrmüllproblematik
- VVO-Verträge
- Gemeinsame Bestellung „Gelbe Säcke“

AK 3 – Verwaltung und Recht

- Verhandlungen mit Post / Portogebühren
- Abklärung von Werbeabgaben und Umsatzsteuergesetz für Verbände
- NÖ AWG
- Stellungnahmen zu diversen Verordnungen
- Seminare und Schulungen
- EDV und Internet / Überarbeitung der Homepage, eigene Domäne, etc.

AK 4 – Strukturoptimierung

- Mitarbeit bei der Erstellung der Studie „Strukturoptimierung der NÖ Abfallwirtschaft“
- Planung und Durchführung der 5 Regionsveranstaltungen „Kluge Köpfe machen mit“
- Abfallwirtschaftsenquete 2000

NÖ LANDESAKADEMIE – BEREICH UMWELT UND ENERGIE (INKL. NÖLAK)

Allgemeine Bemerkungen

Die Aufgabengebiete der NÖ Landesakademie werden nunmehr unter den Bereichen Wissensmanagement, Forschungsmanagement und Politikberatung zusammengefasst.

Forschungsmanagement

Life-Forschungsprojekt EVAPASSOLD „Evaluation and Preliminary Assessment of Old Deposits (Evaluierung und Erstabschätzung von Altablagerungen)

Dieses durch die Europäische Kommission im Rahmen von EU-Life, das BM für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und die Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich unterstützte Forschungsprojekt läuft seit Dezember 1999 und ist für drei Jahre anberaumt. Der Niederösterreichischen Landesakademie, Bereich Umwelt und Energie obliegt die organisatorische, der Abt. Wasserwirtschaft des Amtes der NÖ Landesregierung die fachlich-technische Leitung. Hauptsächlich geht es um die Erstellung eines Leitfadens mit europaweiter Gültigkeit für die Beurteilung des Gefahrenpotentials von Verdachtsflächen. (Verdachtsflächen sind diejenigen Standorte von Altablagerungen, von denen Gefahren für die Umwelt und/oder den Menschen ausgehen könnten). In erster Linie werden bei diesem Projekt Ablagerungen kleineren Umfangs näher untersucht, wie sie im Siedlungsbereich früher typisch waren. Mit der Durchführung der Untersuchungen sind die Forschungsgesellschaft Joanneum Research, das Institut für Mikrobiologie der Universität für Bodenkultur und der Arbeitsbereich Abfallwirtschaft der Technischen Universität Hamburg-Harburg betraut. Das Institut für Hydraulik, Umwelt, Maritimes und Geotechnisches Ingenieurwesen der Universität Padua bringt die Situation in Südeuropa ein. Im April 2000 wurde dieses Projekt erstmals der Öffentlichkeit präsentiert und im Rahmen eines internationalen Workshops mit der Fachwelt diskutiert. Die erste Phase des Projektes, verbunden mit historischer Erkundung der Standorte, Boden-Luftuntersuchungen, Schürferkundungen und Hydrobohrungen und Laboranalysen, ist nunmehr nahezu abgeschlossen. Die künftige Internet-domain für die Darstellung des Projektes wird sein: www.evapassold.at

Wissensmanagement

Kommunales Umweltmanagement (NUS-Kommunales Umweltforum)

Das NUS-Kommunale Umweltforum ist als Plattform der Kommunikation zu verstehen und setzt die traditionellen Aus- und Weiterbildungsaktivitäten der NÖ Landesakademie, Bereich Umwelt und Energie für Gemeinden und Umweltgemeinderäte fort. Auf besondere Initiative von Umweltlandesrat Mag. Wolfgang SOBOTKA wird die Position der Umweltgemeinderäte gestärkt und werden die Informationen zweckmäßig unter Nutzung aller Medien aufbereitet. NUS steht für Niederösterreichisches Umweltsystem, welches alle Umweltmanagementtätigkeiten unter ein Schirmdach nimmt. Die Gemeinden sollen durch Information über den Weg der Person des Umweltgemeinderates durch Umweltmanagement zur Nachhaltigkeit und zum Klimabündnis geführt werden. Zur Erfüllung dieser Ansprüche gibt es im

Kommunalen Umweltforum einen Fachbeirat und einen Kommunikationsbeirat. In einem Workshop des Kommunikationsbeirates wurden Strategie und Ausbildungskonzept entwickelt, welche im Jahr 2001 schrittweise umgesetzt werden sollen. Im Berichtsjahr wurde eine umfangreiche Nachlieferung für den NÖ Umweltordner für Gemeinden erstellt, die im Frühjahr 2001 ausgesendet wird.

Veranstaltungsreihe Erneuerbare Energie – Nachwachsende Rohstoffe

Im ersten Halbjahr 2000 wurde für die Gemeinden in Zusammenarbeit mit Umweltlandesrat Mag. Wolfgang SOBOTKA und dem Gemeindeverband Tulln die neunteilige Veranstaltungsreihe Erneuerbare Energie - Nachwachsende Rohstoffe angeboten.

Betriebliches Umweltmanagement - NUS Klub Kooperation

Gemäß der Kooperation der NÖ Landesakademie mit dem NUS-Klub (uneigennützigem Verein von Betrieben und Behördenvertretern zur Förderung des betrieblichen Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit) wurden 4 Jour Fixes und zwei Fachequeten zu den Themen Nachhaltigkeit und Umweltschutz in Betrieben angeboten.

Öko-Bibliothek, Neuausrichtung und Adaptierung für öffentlichen Zugang über Internet

Die Öko-Bibliothek, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruht, ist in den Umweltberichten 1996 und 1999 beschrieben. Bisher waren die Datenbestände einerseits im Landesnetz unter STAIRS/AQUARIUS verfügbar, andererseits wurden sie in periodischer Form von der Akademie durch eine CD-ROM (derzeit nicht verfügbar) publiziert.

Durch EDV-Umstellungen im Landesbereich 1999 konnte eine Weiterführung der Bestandsverwaltung im EDV-Sektor des Landes nicht mehr sichergestellt werden, sodass die NÖ Landesakademie, Bereich Umwelt der Energie die Entscheidung treffen musste, diese umfangreichen und wertvollen Datenbestände in eigener Verwaltung zu managen und zu sichern. Da einerseits eine „Insellösung“ auf die Dauer kein erstrebenswerter Zustand ist, und andererseits im Sinne einer umfangreichen Informationsoffensive die Bestände auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen, wurde eine Publikation via Internet angestrebt, die endgültig im Laufe des Jahres 2001 in Betrieb gehen soll. Die Vorarbeiten zu dieser Umstellung wurden 2000 durchgeführt.

Folgende Umsetzungsschritte wurden gesetzt:

- Übernahme der alten Datenbestände
- Umstellung der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen 6225 Signaturtexte auf ein provisorisches „Inselsystem“ auf Basis des Such- und Verwaltungsprogramms „DTSEARCH“.
- Laufende Erweiterung dieses Bestandes, derzeit sind es rund 6.500 Signaturnummern.
- Durchführung einer Hauptinventur
- Retrograde Erfassung von Zeitschriftensignaturen, die bisher aus Kapazitätsgründen nur teilweise erfasst werden konnten.

Die zukünftige Internet-domain wird sein: www.oekobibliothek.at

Politikberatung

NÖ Wohnbaupolitik

Gemäß Beschluss des Landes NÖ wurde die NÖ Landesakademie eingeladen, für die NÖ Wohnbauforschung neue Impulse zu setzen.

Die Arbeiten gliederten sich in drei Bereiche

- a) Dokumentation der Projekte der Wohnbauforschung: Sämtliche bearbeiteten Projekte (auch welche, die nicht zu einem Forschungsauftrag geführt haben, wurden dokumentiert; im Internet zugänglich unter [www.noewohnbauforschung .at](http://www.noewohnbauforschung.at). Endberichte als Kurzberichte. Diese Dokumentation wird aktuell gehalten.
- b) Die laufende Forschung wird begleitet: Beratung der Antragsteller, Hilfestellung bei der Formulierung der Forschungsanträge, Vermeidung von Parallelforschungen durch europaweite Datenrecherchen, Vorbereitung von Unterlagen für die Sitzungen des Wohnbauforschungsbeirates, Hilfestellung bei Erstellung und nach Fertigstellung Evaluierung der Endberichte.
- c) PR Tätigkeit Informationen über die Wohnbauforschung z.B. im Internet, Abhaltung von Veranstaltungen, wie z.B.: Impulstag: "flächenschonend Bauen – eine ökologische Herausforderung", 2. Oktober 2000, Start einer neuen Publikationsreihe Wohnbauforschung mit dem Band 1: „Ausgewählte Siedlungen und Siedlungsprojekte in Niederösterreich“.

Energiepolitische Leitlinien Forschungsschwerpunkt „Alternative Energien Biogas“

In diesem Projekt werden Bestrebungen der umfassenden Implementation der Biogastechnologie insbesondere im ländlichen Raum unternommen. Die Aktivitäten gliedern sich in die Chemisch-Bakteriologische Untersuchungen – Substratuntersuchungen, welche im Berichtsjahr abgeschlossen wurden, in eine Studie zur Wirtschaftlichkeit: „Biogas, eine ökologische und volkswirtschaftliche Analyse“, welche aktualisiert wurde und in Bälde als Internetpräsentation vorliegt sowie in die Erstellung eines Leitfadens für die Bewilligung von Biogasanlagen, welcher vorliegt. Leitung des NÖ Arbeitskreises Biogas: WHR Dr. Josef Muttenthaler, Amt der NÖ Landesregierung, Abt. Energierecht und Strahlenschutz

Umweltmanagement Austria an der NÖ Landesakademie

Das Lehrgangskonzept „Management Umwelt“ wurde überarbeitet. Aufgrund des zunehmenden Zeitdrucks in Wirtschaft und Verwaltung wurde die Lehrgangsdauer von 70 Tagen auf 46,5 Tage reduziert. Dem Antrag auf Anerkennung der Bezeichnung „Lehrgang außeruniversitären Charakters“ sowie des „Master for Advanced Studies Environmental Management“ wurde entsprochen.

Institut für Industrielle Ökologie an der NÖ Landesakademie

Im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit steht die Erarbeitung von Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wirtschaftsweise unter technischen, ökologischen und

ökonomischen Gesichtspunkten mit folgenden Schwerpunkten: Umweltauswirkungen durch Produktionsbereiche – Umweltindikatoren, Umweltbelastung durch Produkte - Ökovergleiche, Umweltprogramme – Systembetrachtungen.

Beispielhaft sei ein Projekt genannt: „International Network on non energy use and CO₂- emissions“

Hier geht es um die Schaffung eines internationalen Netzwerks zum Austausch von Informationen über Energieeinsparung (non-energy-use) und damit Reduktion von Kohlendioxidemissionen.

ERRICHTUNGSGESELLSCHAFT MARCHFELDKANAL

Das Marchfeldkanalsystem

Sicherung der Wasserversorgung durch Erhaltung der Grundwasservorräte

Das Marchfeldkanalsystem ist ein wasserwirtschaftliches Sanierungs- und Vorsorgeprojekt, das in mehreren Stufen als gemeinsames Vorhaben von Bund und Land NÖ als realisiert wird. Das Marchfeldkanalsystem soll in erster Linie das Wasserdefizit der Region beseitigen und bei Aufrechterhaltung der weiteren Wassernutzung künftig ein Absinken der Grundwasserstände – wie dies in den letzten Jahrzehnten durch die zunehmenden Wasserentnahmen erfolgt ist – vermeiden.

Die Ziele des Marchfeldkanalsystems sind im Wesentlichen:

- Dauerhafter Ausgleich des Wasserhaushaltes und Sicherung der regionalen Wasserversorgung (Trinkwasser, Bewässerungswasser) im pannonischen Trokengebiet und Wasserdefizitgebiet.
- Erhaltung der Grundwasservorräte (eines der größten Grundwasservorkommen Österreichs!) und Verbesserung der Grundwasserqualität. Nachhaltige Sicherung der Grundwassernutzung durch Kompensation von Defiziten mittels Grundwasseranreicherung.
- Ermöglichung der Direktwasserentnahme für die Feldberegnung aus dem Verteilungsnetz
- Verbesserung der Wasserqualität der vorher verödeten Gewässer Rußbach und Stempfelbach, Verbesserung der Vorflutbedingungen für die Gemeinden des Marchfeldes.
- Verbesserung des Naturhaushaltes und des Landschaftsgefüges im an natürlichen Strukturen armen Marchfeld.
- Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rußbach und im March-Donau-Dreieck.
- Schaffung von Naherholungsgebieten, Steigerung des Freizeit- und Erholungswertes

Das multifunktionelle Projekt ermöglicht eine vielfältige Nutzung und Anwendung von der Sicherung der Wasserversorgung über die ökologischen Aspekte der Landschaftsgestaltung bis zur Naherholung.

Seit 1995 ist das ca. 100 km lange, naturnah gestaltete Oberflächengewässersystem bestehend aus Marchfeldkanal, Rußbach, Obersiebenbrunner Kanal, Stempfelbach fertiggestellt und in Betrieb genommen. Damit kann Donauwasser zugeleitet und verteilt werden. Die Gesamtfläche des neugeschaffenen Gewässerverbundes beträgt 335 ha. Insgesamt überspannen 50 Brücken, die neuerrichtet werden mussten, die Gewässer. 8 Wehre mit baulichen, maschinellen und elektrischen Einrichtungen sowie ein zentrales Steuersystem ermöglichen die Einstellung der erforderlichen Wasserstände und Abflüsse die laufende Kontrolle von Wasserständen und Wasserqualität und die Früherkennung von Störungen.

Der aktuelle Nutzen dieses bereits fertiggestellten Systems ergibt sich aus der Verbesserung der Vorflutverhältnisse für die Gemeinden, der Direktentnahme von Beregnungswasser für landwirtschaftliche Nutzfläche, der deutlichen Verbesserung der ökologischen Strukturen sowie der neuen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Die Wasserrechtsverfahren für das Oberflächensystem wurden im Jahr 2000 mit der wasserrechtlichen Kollaudierung abgeschlossen.

In einem weiteren Schritt wird die Grundwasseranreicherung, die direkten Einfluss auf den Grundwasserhaushalt nehmen soll und in dieser Form Neuland in Österreich darstellt, umgesetzt.

Bei der Grundwasseranreicherung erfolgt eine geordnete Versickerung von Oberflächenwasser in den Untergrund, wobei je nach Situation (Ausgangsqualität, Schwebstoffgehalt des Wassers, Versickerungsverfahren, Untergrundbeschaffenheit) eine Aufbereitung des Rohwassers zu erfolgen hat. Das Konzept der Grundwasseranreicherung sieht eine dezentrale Versickerung an 3 – 4 Standorten, die im Grundwasserbedarfsgebiet des Marchfeldes situiert sind, vor. Die einzelnen Standorte der Grundwasseranreicherung werden jeweils in mehreren Schritten realisiert, wobei die Versuche auf Ebene einer Pilotanlage sowie einer kleinmaßstäblichen Versickerungsanlage weitgehend abgeschlossen sind. Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 2000 war die Erstellung eines Detailprojektes für die beiden Versickerungsstandorte „Stallingerfeld/Deutsch-Wagram“ und „Rußbach-Mühlbach“. Dieses Projekt ist die Grundlage für die Wasserrechtsverhandlung.

Beim Anreicherungsstandort Rußbach-Mühlbach handelt es sich um eine Neukonzeption, bei der die Versickerungswirkung über einen ca. 5 km langen, naturnahe gestalteten „Graben“ erreicht wird.

Aufgrund der guten Ausgangswasserqualität und der künftig geplanten Online-Messung der Wasserbeschaffenheit kann dieses einfache Verfahren realisiert werden. Die Versickerungsversuche bestätigen die Funktionsweise; die Überprüfung der Wasserqualität im Grundwasser zeigt, dass eine deutliche Qualitätsverbesserung durch Grundwasseranreicherung erreicht werden kann.

Im Zuge des Detailprojektes wurde ein umfangreiches Steuerkonzept entwickelt und mit der Wasserrechtsbehörde abgestimmt. Dieses Konzept baut auf einem mathematischen 2 D-Grundwassermodell auf und ermöglicht die bedarfsabhängige Steuerung der Grundwasserstände unter Berücksichtigung der in der Region vorhandenen Tiefobjekte und Deponien.

Die bauliche Umsetzung der beiden Standorte soll im Jahr 2001 erfolgen.

Eine weitere Stufe des Marchfeldkanalsystems, nämlich die Wasserversorgung der Hochterrasse (nördlicher Teil des Marchfeldes) wurde im Jahr 2000 konzeptiv vorbereitet. Die generelle Planung für die Wasserversorgung der 6 bereits organisierten Beregnungsgenossenschaften ist abgeschlossen. Bereits in der Planungsphase wurden die künftigen Nutzer bei der Erstellung des technischen Projektes eingebunden. Neben den technischen Ausarbeitungen wurde der Schwerpunkt auf die betriebs- und volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhabens gelegt. Die vorliegenden Arbeiten bieten ein gutes Grundgerüst für die weiteren Entscheidungen über die künftige Vorgangsweise.

NATIONALPARK THAYATAL GmbH

Nationalparks sind hochrangige Naturschutzprojekte. So wie in allen Nationalparks steht auch im Thayatal der Naturschutz im Vordergrund. Gemäß den Zielsetzungen der Weltnaturschutzunion (IUCN) und den Vorgaben der relevanten Gesetzmaterien soll in einem Nationalpark die freie Entfaltung der Natur ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen ist - spätestens nach einer definierten Übergangszeit - zu beenden.

Mit 1. Jänner 2000 ist der niederösterreichische Nationalpark Thayatal in Kraft getreten. Seit diesem Zeitpunkt werden Maßnahmen gesetzt, um durch menschliche Eingriffe bewirkte Veränderungen im Naturhaushalt zu beseitigen bzw. negative Auswirkungen abzuschwächen.

Gleichzeitig möchte der Nationalpark Thayatal Vorbild sein im Natur- und Umweltschutz. Denn der Schutz unserer Ökosysteme ist eine Aufgabe aller und beginnt vor der eigenen Haustür.

Gemeinsames Management über Grenzen hinweg

Nach den Vorgaben des Nationalparkgesetzes muss die Nationalverwaltung einen langfristigen Managementplan (10 Jahresplan) erarbeiten. Weil der Nationalpark Thayatal nur einen Teil dieses wichtigen Talökosystems schützt, war es notwendig, im Jahr 2000 in umfangreichen Verhandlungen mit den tschechischen Partnern des Nationalparks Podyjí gemeinsame Zielsetzungen zu entwickeln. Diese Zielsetzungen sind in den Zehn-Jahresplan eingeflossen, der im November 2000 der Landesregierung zur Genehmigung übermittelt wurde.

Dieser Managementplan enthält langfristige Ziele, die in jährlichen Managementplänen umgesetzt werden sollen.

Wald

Der Nationalpark Thayatal besteht zu rund 90 % aus Wald. Im Jahr 2000 wurde begonnen, durch Durchforstungen, Förderung der Naturverjüngung und Entnahme nicht standortheimischer Gehölze das natürliche Waldbild zu fördern.

Wiesen

Wiesen sind im Thayatal selbst kein ursprüngliches Landschaftselement. Alle bestehenden Wiesen wurden von Menschen angelegt. Trotzdem sind die Wiesen aus Naturschutzgründen erhaltenswert. Sie bieten zahlreichen Pflanzen und Tieren, vor allem Insekten, einen Lebensraum, wie er in der agrarisch genutzten Landschaft des Waldviertels schon selten geworden ist. Allerdings werden die Wiesen nicht mehr wie bisher gemäht oder gar gedüngt. Detaillierte Managementpläne für jede einzelne Wiese legen fest, in welchem Umfang die Mahd erfolgen darf oder muss. Das kann bis zur Festlegung der Mähtermine, Beschränkung bei der Bewirtschaftung und Ausweisung temporärer Brachen führen. Die Düngung ist selbstverständlich zur Gänze eingestellt.

Wasser

Die Thaya selbst bildet das Rückgrat des Internationalen Schutzgebietprojektes Thayatal/Podyjí. Gemeinsam mit der tschechischen Nationalparkverwaltung wurde im Jahr 2000 eine Fischereiordnung entwickelt, die für die gemeinsame Grenzstrecke gültig ist und wesentliche Einschränkungen bringt. Der Fischfauna soll mehr Chance gegeben werden, sich selbst zu reproduzieren und Bestände aufzubauen. Die Einschränkungen der Fischereiordnung, die 2000 beschlossen wurde und 2001 in Kraft treten, betreffen vor allem die Fangzeiten, die Fangmaße und die Fangmethoden. Weite Teile des Nationalparks wurden außerdem 2000 zur fischereilichen Ruhezone erklärt.

Jagd

Seit der Jagdsaison 2000/2001 wird im Thayatal nach den Vorgaben der Nationalparkverwaltung gejagt. Trophäenjagd ist dabei untersagt. Allerdings muss der Mensch in den Wildbestand eingreifen, um überhöhte Bestandsentwicklungen zu verhindern. Das Fehlen natürlicher Feinde könnte zu Überpopulationen bei einzelnen Tierarten führen.

Nationalpark und Besucher

Eine zweite wichtige Zielsetzung von Nationalparks ist es, dem Besucher Natur erleben, Bildung und Erholung zu ermöglichen. Seit Beginn der Saison 2000 sind Wanderwege markiert, die – auch grenzüberschreitend – dem Besucher den Nationalpark erschließen.

Allerdings wird nur ein kleiner Teil des Nationalparks geöffnet, und auch dort herrscht Wegegebot. Weite Teile bleiben unerschlossen und sind für den Besucher nicht betretbar. Damit soll der Natur genügend Rückzugsraum geboten werden, in der sie sich regenerieren kann. Große Ruhezeiten und fehlender Jagddruck sollen aber auch mithelfen, Fluchtdistanzen der Tiere so verringern und so eine bessere Erlebbarkeit von Wildtieren zu ermöglichen.

Darüber hinaus bietet die Nationalparkverwaltung seit Beginn der Wandersaison 2000 Führungen an, die an jedem Wochenende stattfinden und schon bisher zahlreiche Besucher in den Nationalpark geführt haben. Geschultes Fachpersonal vermittelt den Teilnehmern Wissenswertes über den gemeinsamen tschechisch – österreichischen Nationalpark.

Die Region kann partizipieren

Der Nationalpark soll ein Leitprojekt für die Region werden. Der Nationalpark selbst ist allerdings keine Tourismusbetrieb. Hier sind die bestehenden Organisationen gefragt. Seit 2000 besteht eine enge Kooperation mit der Regionalentwicklungsgesellschaft Retzer Land, die mithilft, den Nationalpark besser zu präsentieren und zu vermarkten.

Dabei ist es aber wichtig, abzuwägen, wie die Natur in einem Nationalpark den Besuchern angeboten wird, ohne diese wertvolle Ressource zu zerstören.

NATIONALPARK DONAU AUEN GmbH

Durch die Erklärung zum Nationalpark wurde der wirtschaftliche Druck vom Gebiet genommen. Dadurch kann das Gebiet großräumig einer sehr freien Entwicklung überlassen werden.

Manche nachteiligen menschlichen Eingriffe können jedoch von der Natur auch langfristig nicht selbsttätig bewältigt werden. Hier muss der Mensch die Relikte seines Wirkens selbst zurücknehmen oder die Natur bei der Bewältigung unterstützen.

Ein wichtiger Teil der erforderlichen Wasserbau- und Artenschutzmaßnahmen konnte durch finanzielle Förderung der EU als LIFE-Projekt ermöglicht werden. („Gewässervernetzung und Lebensraummanagement Donauauen“). Dieses Programm wird derzeit umgesetzt und soll bis Juli 2002 abgeschlossen werden.

Einzelne Umsetzungsschritte konnten im Jahr 2000 durchgeführt werden:

Gewässervernetzung Regelsbrunn – Maria Ellend

Die Nachuntersuchungen zur ökologischen Beweissicherung wurden im Jahr 2000 weitgehend abgeschlossen. Die Ergebnisse dieser Begleitforschung sind für weitere wasserbauliche Maßnahmen von hoher Bedeutung, weil hier die Auswirkungen einer Vernetzung mit dem Hauptstrom modellhaft und umfassend untersucht werden. (Dieses Projekt ist kein LIFE-Projekt)

Gewässervernetzung Orth

Planung und Vorbereitung für das Orther Vernetzungsprojekt wurden im Sommer 1999 abgeschlossen und den Landesbehörden zur Bewilligung vorgelegt. Nach teils schwierigen Verfahren konnten die wasserrechtliche, die schiffahrtsrechtliche als auch die nationalparkrechtliche Bewilligung erreicht werden. Mit dem Bau konnte Anfang 2001 begonnen werden.

Die ökologische Beweissicherung wurde im Laufe des Jahres 1999 und 2000 programmgemäß durchgeführt und wird nach Ende der Baumaßnahmen wiederholt. Diese Begleitforschung berücksichtigt insbesondere: Hydrologie, Sedimente, Morphologie, Hydrochemie, Standorte der Weichen Au, Makrozoobenthos, Mollusken, Libellen, Fische und Fischreproduktion, Amphibien, wassergebundene Vögel.

Gewässervernetzung Gänshaufentraverse, Untere Lobau

Die technische Planung wurde im Herbst 1999 abgeschlossen, das behördliche Bewilligungsverfahren eingeleitet. Alle erforderlichen Bewilligungen konnten mittlerweile erwirkt werden, sodass im Frühjahr 2001 mit den Baumaßnahmen begonnen werden konnte: Diese umfassen die Instandsetzung und Umgestaltung der derzeit nicht funktionsfähigen Wehranlage.

Gewässervernetzung Untere Lobau, Überschwemmungsgebiet

Alle technischen Planungen konnten abgeschlossen und die Behördenverfahren teils bereits erfolgreich beendet werden. Die Bauphase ist für den Winter 2001/2002 vorgesehen.

Zonierung Marchfeldschutzdamm

Die vegetationskundlichen Erhebungen am Marchfeldschutzdamm wurden 1999 programmgemäß durchgeführt. Aus diesem Datenmaterial wurde eine Zonierung des Dammes als Grundlage für Dammöffnungen, Durchbrüche und Überströmstrecken sowie ein Pflegekonzept abgeleitet, welches seither umgesetzt wird. Dieses spezielle Mahdmanagement unterstützt und bewahrt den wertvollen Pflanzenbestand. Nachteilige Eingriffe in besonders wertvolle Vegetationsbestände bei Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes können durch die nunmehr vorliegende genaue Kenntnis der Dammvegetation vermieden werden.

Uferstrukturierung der Donau

Zur Bereicherung der hart verbauten Donauufer wurde im Rahmen des LIFE-Projektes das Kiesmaterial mehrerer Furtenbaggerungen zur Gestaltung von Kiesstrukturen verwendet. Diese Strukturen wurden ohne wasserbauliche Steinwurfsicherung aufgebaut und blieben dem Fluss zur Überformung überlassen. Wie erwartet, ergab sich dadurch in manchen Abschnitten sehr rasch eine stark eintretende Erosion, vor allem hinsichtlich der Höhenlage.

Naturräumliche Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des Leitungsbaues der „TAG LOOP II“ und „EVN SÜD 3“

Eingriffe im Nationalpark können im Allgemeinen nur zur Verbesserung des ökologischen Gesamtzustandes zugelassen werden. Ausnahmen bestehen gemäß Niederösterreichischem Nationalparkgesetz unter anderem für bestehende Versorgungseinrichtungen. Für das Projekt einer Ergänzung der bestehenden Gasleitungen auf der bereits vorhandenen Trasse wurde nach erfolgreicher Umwelt-Verträglichkeits-Prüfung die behördliche Bewilligung erteilt.

Die Baumaßnahmen blieben weitgehend auf die bestehende Trasse beschränkt. Diese zieht sich derzeit als störender Fremdkörper quer durch den Nationalpark und wurde im Zuge der Arbeiten nach ökologischen Gesichtspunkten neu gestaltet.

Im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen können eine Reihe von Schutz- und Förderungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Europäischer Hundsfisch (*Umbra krameri*)

Zur Sicherung und Erweiterung der Hundsfisch-Lebensräume im Fadenbach wurden 1999 die ökologische Konzeption und technische Planung vorgenommen.

Die Behördenverfahren wurden im Jahr 2000 abgeschlossen und Umsetzungen in der Niederwasserperiode 2000/2001 gestartet.

Das Nachzucht-Projekt konnte 2000 gute Zuchterfolge aufweisen. Daher wurden ab Herbst 2000 Aquarien und Kleinteiche mit Hundsfisch-Zuchtgruppen in der Nationalpark-Region ausgestattet. Damit soll die Beziehung zur gefährdeten Lokal-fauna gefördert und der Hundsfisch wieder als Aquarienfisch etabliert werden.

NÖ AGRARBEZIRKSBEHÖRDE

Kurzbeschreibung der Maßnahmen

Aufgabe der Bodenschutzfachabteilung ist es, neue Bodenschutzanlagen (auch Windschutzanlagen genannt) zu errichten bzw. alte Bodenschutzanlagen zu erneuern oder zu sanieren.

Der Sinn und Zweck von Bodenschutzanlagen ist, unsere Naturlandschaft vor Wind- und Wassererosion zu schützen, sowie die Felder und Feldfrüchte vor Erdflug und schädigenden Windeinflüssen zu bewahren. Ein weiterer, heute immer wichtiger werdender Zweck von Bodenschutzanlagen ist deren positive Auswirkung auf die Umwelt durch das Schaffen neuer Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Ökologisch gestaltete Heckenstreifen erhöhen die Artenvielfalt und tragen zur Verbesserung des biologischen Gleichgewichtes in der Agrarlandschaft bei. Auch die Vorteile für die Jagd und Imkerei sind von großer Wichtigkeit.

Weiters verbessern Bodenschutzanlagen das Kleinklima und erhöhen somit im Schutzbereich die Ertragssicherheit der Feldfrüchte. In diesem Bereich bleibt die Bodenfeuchte länger erhalten und kann somit von den Pflanzen besser ausgenutzt werden. Ebenso kommt es hinter Bodenschutzanlagen zu einem Wärmegewinn und in Summe somit zu einem besseren Wachstum.

Einen weiteren Vorteil von Bodenschutzanlagen stellt auch die Gliederung und Verschönerung des Landschaftsbildes dar, insbesondere dort, wo verschiedene Landschaftselemente wie z.B. Baum- und Strauchhecken, Feldgehölze, Vernetzungshecken, Bachbegleitstreifen oder Erosionsschutzhecken geplant werden und so ein komplettes Biotopverbundsystem ergeben.

In den Bodenschutzanlagen werden ausschließlich heimische Laubgehölze gepflanzt. Die Artenzusammensetzung jeder Anlage erfolgt unter Berücksichtigung der Bodenbeschaffenheit und unter Heranziehung von Pflanzentabellen, die für die verschiedenen Natur- und Landschaftsräume Niederösterreichs zur Verfügung stehen.

Diese Methode gewährt eine gebietstypische Pflanzenauswahl, wodurch die gepflanzten Anlagen ein natürliches Aussehen erhalten und sich gut in das Landschaftsbild einfügen.

Das verwendete Pflanzenmaterial stammt zum großen Teil aus dem Projekt der regionalen Gehölzvermehrung des NÖ Landschaftsfonds, was besagt, dass das Gehölzsaatgut an Naturstandorten in Niederösterreich gesammelt wurde und die Pflanzen in der boden- schutzeigenen Baumschule in Niederösterreich herangezogen wurden.

Die am häufigsten verwendeten Baumarten sind:

Feldahorn, Spitzahorn, Bergahorn, Birke, Hainbuche, Esche, Walnuss, Holzapfel, Wildbirne, Vogelkirsche, Zwetschke, Kriecherl, Traubenkirsche, Stieleiche, Eberesche, Elsbeere, Winterlinde, Ulme und Zitterpappel.

Folgende Straucharten werden hauptsächlich verwendet:

Weißdorn, Heckenrose, Schlehdorn, Roter Hartriegel, Liguster, Pfaffenhütchen, Wolliger und Gemeiner Schneeball, Haselnuss, Kreuzdorn, Schwarzer Holunder, Traubenholunder und verschiedene Strauchweidenarten.

Der Anlagenaufbau erfolgt nach ökologischen Gesichtspunkten mit breiten seitlichen Krautstreifen und nischenförmiger Ausbildung der Randreihen (Ökonischen). Die häufigste Anlagenbreite beträgt ca. 8 m. Derartige Anlagen werden 3-reihig ausgepflanzt, mit einer Strauchreihe und zwei gemischten Baum- Strauchreihen.

Bodenschutzanlagen sind nach dem Forstgesetz Wald und entsprechend den forstgesetzlichen Bestimmungen zu behandeln. Die Errichtung und Pflege wird vom Land Niederösterreich gefördert, ein Hektar ausgepflanzter Anlagen kostet ATS 14.400,- inkl. Mwst.

Leistungen im Arbeitsjahr 2000

Im Frühjahr 2000 wurden von der Bodenschutzfachabteilung in 55 Katastralgemeinden Niederösterreichs 65 ha Bodenschutzhecken gepflanzt. Im Detail handelt es sich dabei um 310 Einzelanlagen mit einer Länge von 88 km. Es wurden hiezu 235.000 Pflanzen benötigt.

Von den genannten 55 KG` s liegen

57 % im Weinviertel,
9 % im Waldviertel,
25 % im Wiener Becken,
1 % im Marchfeld und
8 % im Alpenvorland

Die oben genannten 65 ha unterteilen sich in 96 % Neuauspflanzungen und 4 % Wiederbegründungen von Altanlagen.

Die Erneuerung von Altanlagen stellt sowohl für den Anlageneigentümer als auch für die Bodenschutzfachabteilung eine sehr aufwändige und kostenintensive Arbeit dar, da erst der Altbestand entfernt und die Anlage maschinell setzfertig hergerichtet werden muss. Zur Verringerung des Kostenaufwandes besteht für diese Maßnahme eine EU-Fördermöglichkeit, die sogenannte Schutzwandsanierungsförderung.

Unter Sanierung von Altanlagen wird die Beratung über erforderliche Bestandespflegemaßnahmen (Bewirtschaftungskonzepte) verstanden, derartige Konzepte wurden im Berichtszeitraum für 180 Anlagen erteilt.

NÖ LANDESJAGDVERBAND

Einleitung

Alle 34.000 Jäger, die Inhaber einer NÖ - Jagdkarte sind, werden im NÖ – Landesjagdverband zusammengefasst. Aufgabe des Verbandes ist die Pflege und Förderung der Jagdwirtschaft, die Sicherung einer gesunden Umwelt als Lebensraum der freilebenden Tierwelt, die Hebung und Erhaltung eines der land- und forstwirtschaftlichen Bodenkultur angemessenen, artenreichen und gesunden Wildstandes, und schließlich die Vertretung der jagdlichen Interessen.

Wildökoland-Aktion

Ziel dieser Aktion ist es, eine Lebensraumverbesserung – das heißt die Schaffung von Deckung und Äsung sowie Setz- und Brutgelegenheiten – für die Wildtiere langfristig herbeizuführen und zu sichern. Insbesondere wird die Auspflanzung von Hecken und Feldgehölzen sowie die Einbringung von fruchttragenden Bäumen gefördert. Die Förderung umfasst 100 % der Beratungs- und Planungskosten und 70 % der Pflanzgutkosten. Im Jahr 2000 wurden im Rahmen von 71 Projekten im Gesamtausmaß von 50 ha insgesamt 35.118 Sträucher und 13.071 Bäume einschließlich der dazugehörigen Schutzmaßnahmen ausgepflanzt und mit einer Förderungssumme von 734.000,-- ATS unterstützt.

Mischwaldbegründung

In Zusammenarbeit mit den Forstabteilungen der Nö. Landeslandwirtschaftskammer und der Bezirksverwaltungsbehörden wird die Wiederbewaldung von stabilen und standortgemäßen Mischwäldern auf Schadensflächen nach biotischen und abiotischen Schäden als Beitrag zur langfristigen Lösung der Wald- Wild- Frage gefördert. Unterstützt werden Bestandesbegründungen zu einem autochthonen Mischwald ohne Gastbaumarten (Douglasie, Riesentanne usw.) durch die Einbringung von mindestens 150 Laubholzpflanzen pro Hektar. In jede geförderte Mischwaldbegründung sind pro angefangenem Hektar mindestens 15 fruchttragende Bäume (Wildapfel, Wildkirsche, Eberesche) einzubringen. Im Jahr 2000 wurden Förderungen für 50 Hektar ausbezahlt.

NÖ Niederwild-Monitoring

Das Ziel des Niederwild-Monitorings ist eine großräumige Erfassung von Niederwildbesätzen und deren Veränderungen im Hinblick auf die Ausarbeitung regionaler bzw. lokaler Empfehlungen bezüglich Hege und Bejagung. Durch die ständige Beobachtung und Erfassung von Daten über Lebensraum, Niederwild- und Raubwildpopulationen und deren Dynamik sowie auch über den jagdlichen Einfluss durch Hege und Nutzung soll ein landesweiter Überblick über die Niederwildsituation und die laufenden Veränderungen geschaffen werden. Wichtig erscheint hier vor allem die Stärkung der Kompetenz der Jägerschaft bezüglich Wildtier und Umwelt durch die Schaffung einer Datensammlung. Diese dient als Grundlage zur objektiven Gesprächsbasis gegenüber einer ständig wachsenden Zahl von Naturnutzern und für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Nicht zuletzt soll das Niederwildinformationsnetz als Arbeits- und Argumentationsinstrument zur Objektivierung von Sachverhalten und

Fragen der nachhaltigen Niederwildbewirtschaftung herangezogen werden können. Aus über 220 Revieren (Eigen- und Genossenschaftsjagden) wurden Datenblätter eingesandt. Die Gesamtfläche von 147.081 ha stellt einen Anteil von Rund 30 % des typischen Niederwildlebensraumes in Niederösterreich dar. Damit konnte bereits im ersten Jahr eine hervorragende Teilnahme erzielt werden, die repräsentative Auswertungen in Zukunft ermöglichen wird.

NÖ UMWELTANWALTSCHAFT

Schwerpunkt der Tätigkeit der NÖ Umweltschutzbehörde waren auch im Berichtszeitraum die Angelegenheiten des Naturschutzes, wobei neben Einzelfällen vor allem die Problematik „Natura 2000“ im Vordergrund stand. Durch die Judikatur des Europäischen Gerichtshofes wurde klargestellt, dass die sog. „Vogelschutz-Richtlinie“ der EU innerstaatlich unmittelbar anwendbar ist. Aufgrund der in der Judikatur überdies herausentwickelten Grundsätze des Vorsorgeprinzips und der Verpflichtung zur Beachtung von Vorwirkungen, die Zielsetzungen der „Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie“ unterlaufen könnten, war es das Bestreben der NÖ Umweltschutzbehörde, die Wahrnehmung dieser Grundsätze im Rahmen ihrer Parteistellung in den landesbehördlichen Verfahren stärker zu akzentuieren, aber auch im Rahmen der ihr zustehenden Koordinationskompetenz bei nebeneinander abzuwickelnden Verwaltungsverfahren im Bundes- und Landesvollzugsbereich die gemeinschaftsrechtlichen Naturschutzziele entsprechend zu vertreten.

Mit dem Inkrafttreten des NÖ Naturschutzgesetzes 2000, LGBl. 5500-0, wurde der NÖ Umweltschutzbehörde diesbezüglich eine wesentliche Kompetenz eingeräumt.

Durch die Bestimmungen des NÖ NSchG 2000 über die Europaschutzgebiete wurden die Regelungen der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in Landesrecht transformiert. Demnach sollen nach dem NÖ NSchG 2000 hinkünftig die in den beiden gemeinschaftsrechtlichen Regelungen auszuweisenden Gebiete innerstaatlich als Europaschutzgebiete mit dem Ziel der Schaffung eines kohärenten Netzes von ökologisch vernetzten Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensräume für erhaltenswerte Tier- und Pflanzenarten festgelegt werden. Bis zur – parzellenscharfen und im Rahmen des dreistufigen Ausweisungsverfahrens auch gemeinschaftsrechtlich anerkannten Gebietsbestandes – vorgenommenen räumlichen Abgrenzung der Natura 2000 – Gebiete durch Verordnung der Landesregierung soll es dem NÖ Umweltschutzanwalt obliegen für Projekte, die in einem gemeldeten Natura 2000 Gebiet liegen die Durchführung einer Naturverträglichkeitsprüfung im Sinne des Art. 6 der FFH-RL- zu beantragen.

Auf der Basis dieser neuen Rechtslage wurden für viele umweltsensible Vorhaben von der NÖ Umweltschutzbehörde Naturverträglichkeitsprüfungsverfahren eingeleitet, die im wesentlichen die Verkehrsinfrastruktur (z.B. Ausbau der Hochleistungsstrecke Wien – St. Pölten, Semmeringstraßen- und Semmeringbasistunnel, Flughafen-ausbau, Umfahrungsprojekte), aber auch landschaftskonsumierende Einzelprojekte (wie z.B. Pferdesportpark Magna in Ebreichsdorf, Grundzusammenlegungsverfahren, Materialgewinnungen) oder ökologisch sensiblere Vorhaben (wie z.B. die geplante Kraftwerkskette an der Unteren Ybbs) betrafen.

Daneben blieb ein weiterer Schwerpunkt die Betreuung von Unterschutzstellungsverfahren nach dem NÖ NSchG (Naturdenkmäler, Naturschutzgebiete).

Für den Bereich der Materialgewinnung galt es, die mit dem Inkrafttreten des Mineralrohstoffgesetzes 1999 und des auf seiner Basis erlassenen überörtlichen Raumordnungsprogrammes für die Gewinnung grundeigener mineralischer Rohstoffe vorgenommene Harmonisierung von bundesrechtlich geregelter Rohstoffgewinnung und landesrechtlich verankerter Raumordnung einem Praxistest zu unterwerfen, wobei bei grundsätzlich positiver Tendenz sich auch – bedingt durch die neue Rechtslage -

Härtefälle zeigten (z.B. Steinbruch Gaaden), die nur aufwendig und zum Teil durch entsprechende normative Korrekturen gelöst werden konnten.

Schwerpunkt der umweltschutzrechtlichen Tätigkeit blieben auch das Wasser- und Abfallwirtschaftsrecht und die Anliegen der Altlastensanierung. Beispielhaft sei aus dem Abfallwirtschaftsbereich die Durchführung des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens für die geplante Anlage zur thermischen Verwertung von Abfällen in Zwentendorf angeführt, aus dem Bereich der Altlastensanierung das erfolgreiche Handling im Zusammenhang mit der anstehenden Räumung der Fischerdeponie und die Erarbeitung einer tragfähigen Basis für die Räumung der Altlast Wiener Neudorf, in die in Form eines „Runden Tisches“ neben der betroffenen Gemeinde auch die Liegenschaftseigentümer eingebunden wurden.

Schließlich stellte einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt die Mobilfunkanlagen dar. Dieses Thema, das auch einen Schwerpunkt der letzten, im Bundesland NÖ abgehaltenen Umweltschutzkonferenz bildete, gewinnt mit dem rasanten Netzausbau immer mehr konkurrierender Bewerber zunehmend an Bedeutung. Seitens der NÖ Umweltschutzorganisation wurde – unbeschadet der durchaus ernstzunehmenden Bedenken aus der Bevölkerung im Hinblick auf eine potentielle Gesundheitsgefährdung durch die freigesetzte Strahlung – zunächst ein Lösungsansatz aus pragmatischer Sicht zur Harmonisierung der Verwaltungspraxis aus der Sicht des Naturschutzes verfolgt. In zahlreichen Besprechungen und „Runden Tischen“ ist es gelungen, gemeinsame Richtlinien herauszuarbeiten, nach denen die Mitbenutzung bereits vorhandener Infrastruktur, aber auch das Hineinrücken von Maststandorten in den Wald zur Vermeidung exponierter Freilandlagen zwischenzeitig anerkannt ist.

Darüber hinaus fordert die NÖ Umweltschutzorganisation unter Berufung auf das Vorsorgeprinzip weitergehende Maßnahmen zugunsten des Gesundheitsschutzes, vor allem die Einhaltung der sog. „Salzburger Grenzwerte“, deren Beachtung auch erklärtes Ziel aller (und zahlreicher) Bürgerinitiativen ist.

NÖ UMWELTSCHUTZANSTALT

Bereich Abfallwirtschaft

Durch den Betrieb von 5 Deponien und 2 Restmüllbehandlungsanlagen bzw. Umladestationen kann den Gemeinden auf Vertragsdauer die absolute Entsorgungssicherheit garantiert werden. Die NUA betreibt in Purgstall eine Sickerwasserreinigungsanlage, die monatlich 2.000m³ Sickerwasser nahezu 100%ig reinigt. Am Standort Hohenruppersdorf befindet sich die größte Sortieranlage Niederösterreichs, in der ein Großteil der Verpackungen aus der „Gelben Tonne/Gelben Sack“ in mehrere Fraktionen getrennt wird. An den Standorten Pöchlarn, Krems, Hohenruppersdorf und Horn wird seit Jahren erfolgreich Bioabfall und Klärschlamm zu Kompost verarbeitet.

Bereich Untersuchungsanstalten

Wasserreinhaltung und Trinkwasser

Im Jahr 2000 wurden in der Abteilung Trinkwasser über 7000 Proben zum Schutz der Gesundheit der Bürger Niederösterreichs untersucht.

Bei der Abt. Wasserreinhaltung war die herausragendste messtechnische Neuerung die Anschaffung einer Bepumpungsbox für Grundwasseruntersuchungen. Diese kann neben den Parametern pH-Wert, elektrische Leitfähigkeit und Wassertemperatur, nun auch die Entnahmerate, den Wasserstand in der Sonde sowie den Sauerstoffgehalt während der Bepumpung kontinuierlich aufzeichnen.

EDV-technisch wurde an der Entwicklung und Einführung eines Laborinformationssystems (LIMS) gearbeitet, das unter anderem die Archivierung sämtlicher Labordaten und auftragsrelevanten Angaben verarbeiten und verknüpfen kann. Dadurch wird die rasche Auftragsabwicklung gewährleistet.

Abfall und Abwasseranalytik

Diese Abteilung der NÖ Umweltschutzanstalt ist sowohl als Prüf - als auch als Überwachungsanstalt auf folgenden Gebieten akkreditiert:

- Bereich Abwasseruntersuchungen
- Abfallanalytik
- Bereich Gewässerökologie

Abteilung Luftreinhaltung

Die Prüfanstalt für Luftreinhaltung beschäftigt 7 Mitarbeiter und befasst sich mit den Bereichen Aussenluftqualität, Abgasemissionsfragen, Innenraumluft, Bodengase, Gerüche und Stäube.

In den vergangenen Jahren wurde die Immissionsmesstechnik deutlich ausgebaut, seit 1999 wurde der Containerbestand von 4 auf nunmehr 11 ausgerüstete Immissionsmessstellen erhöht. Weiters wurde die Mehrzahl der Immissions-messcontainer mit einer ONLINE-Fernübertragungseinrichtung über Mobiltelefon ausgerüstet, sodass nun eine Fernüberwachung der Immissionssituation und der Gerätefunktionen möglich ist.

Gemessen wird in ganz Österreich und – im industriellen Bereich – auch im benachbarten Ausland (BRD, CZ, HR, I.).

Als einer der Schwerpunkte der Prüfanstalt für Luftreinhaltung hat sich in den letzten Jahren der Bereich der Entsorgungswirtschaft herauskristallisiert, wo inzwischen umfangreiche Daten über Emissionen aus Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Kompostieranlagen, Kläranlagen und Kanalsystemen gewonnen werden konnten. Die in diesem Bereich gewonnene Erfahrung bewirkt als Nebeneffekt eine besondere Kompetenz im Erstellen von Emissionsanalysen und Emissionsprognosen für Anlagen aus dem Bereich der Entsorgungswirtschaft. Dort spielen diffuse und somit schwer quantifizierbare Emissionen eine erhebliche Rolle.

Weiterhin wird ab 2001 der Bereich Strahlenschutz mit den Aufgabengebieten des gewerblichen Strahlenschutzes und der Überprüfung von zahnärztlichen Röntengeräten in die Abteilung eingegliedert

Lärmschutz

In der Prüfanstalt für Lärmschutz gilt besonders hervorzuheben, dass neben den traditionellen Schwerpunkten bei der Untersuchung von Lärmbelastigungen in der Nachbarschaft (vor der Errichtung von Betrieben oder Verkehrsträgern) auch der Bereich der Untersuchungen nach dem Mineralrohstoffgesetz (MinRoG) stark an Bedeutung gewonnen hat. Dabei und auch in den anderen Bereichen des Lärmschutzes hilft ein neues 3d-Simulations-Programm, das nunmehr auch bei sehr komplexen Geländeformationen Schallausbreitungsprognosen rasch und präzise ermöglicht.

Die Untersuchungsanstalten arbeiten auf einem sehr breit gestreuten Gebiet der Umwelttechnik und -analytik

Auf Grund des gesetzlichen Auftrages bedarf es erstklassiger Labors mit gut geschultem Fachpersonal. Die NUA investiert laufend in Maschinen und Geräte und in die Weiterbildung ihres Personals. Die Kapazitäten an Infrastruktur und Personal ermöglichen den Untersuchungsanstalten Flexibilität und rasche Auftragsabwicklung.

Abfallwirtschaft

In der Abfallwirtschaft war und ist es das Ziel der NUA, ihre Deponien nach dem Stand der Technik zu errichten bzw. anzupassen (unter Erfüllung aller Gesetze, Verordnungen und Auflagen) Die NUA war und ist in der Lage, die Entsorgungssicherheit für ihre Vertragspartner zu gewährleisten. Die Kapazitäten der bestehenden Anlagen reichen bis ins nächste Jahrzehnt hinaus. Die NUA betreibt derzeit 5 Restmülldeponien in NÖ. In den letzten Jahren wurden Deponien verfüllt und geschlossen, ein Trend, den die NUA fortsetzen wird. Trotzdem wird es für die Kunden der NUA zu keinen langen Anlieferungswegen kommen. Zum Beispiel werden in Pöchlarn und Traiskirchen Umladestationen betrieben, um die Transportwege zu optimieren.

Auch bereits verfüllte Deponien werden von der NUA mit besonderer Sorgfalt betreut. Die Oberfläche wird abgedeckt und abgedichtet. Rekultivierungsmaßnahmen machen aus einer Müllschüttung einen grünen Hügel. Die Nachsorge sieht regelmäßige Kontrollen stillgelegter Deponien vor und umfasst die Überprüfung der Ober-

flächendichtheit (Gas, wie auch Wasserdichtheit), Kontrolle des Sickerwassers, der Entgasungsanlage und des umgebenden Grundwassers sowie die Überprüfung der technischen Anlageteile auf ihre Funktion.

Die NUA betreibt auch weiterhin eine Sortieranlage für Verpackungskunststoffe aus kommunaler und gewerblicher Sammlung, drei Biomüllkompostieranlagen und eine Sickerwasserreinigungsanlage. In der Anlage Horn kann auch Klärschlamm verwertet werden.

Seit 1999 sind Versuche unter wissenschaftlicher Begleitung vom Institut für Abfallwirtschaft an der Universität für Bodenkultur zur Herstellung eines Oberflächensystems auf Kompostbasis im Gange. Die äußerst erfolgreich verlaufenden Untersuchungen konzentrieren sich auf den Wasserhaushalt und die Methanoxidation des Abfallkörpers und der Oberfläche.

„die umweltberatung“ NIEDERÖSTERREICH

"die umweltberatung" ist eine Bildungs- und Beratungsorganisation im ökologischen Bereich. In Niederösterreich gibt es eine Geschäftsstelle (St. Pölten) und insgesamt 7 Beratungsstellen (St. Pölten, Mödling, Wr. Neustadt, Pöchlarn, Amstetten, Zwettl, Hollabrunn). Das Leitmotiv ist der vorsorgende Umweltschutz: Um den nachkommenden Generationen die gleichen Chancen und eine lebenswerte Erde zu hinterlassen, tritt "die umweltberatung" für eine nachhaltige und ökologische Lebens- und Wirtschaftsweise ein.

Alle Fachbereiche bieten firmenunabhängig und praxisorientiert, telefonische und persönliche Beratung, Vorträge, Seminare, Exkursionen, Workshops etc für private KundenInnen, aber auch für Gemeinden, Schulen, bestimmte Berufsgruppen.

Folgende Fachbereiche werden bearbeitet:

Bauen-Wohnen-Energie

„Richtige Planung und Baustoffauswahl entscheiden über Behaglichkeit, gesundes Raumklima und Energiebedarf eines Hauses.“ Förderung eines konsequenten ökologischen Wohnbaues unter Einsatz erneuerbarer Energieträger und Rohstoffe.

- Althausanierung
Sanierungsberatung zur Nutzung von erneuerbaren Energien und Rohstoffen. Vorbereitung der Wanderausstellung
„Vom Althaus zum Traumhaus“
- Holzbauweise bei Ein- und Zweifamilienbauten Schwerpunkt Niedrigenergiehausstandard im Neubau, Holzbauweise
- Berechnung der Öko- Eigenheimförderung und des EU-konformen Energieausweises

Im Jahr 2000 über 1100 TeilnehmerInnen an Seminaren und Workshops.

Chemie im Haushalt

„Sanft reinigen schont Umwelt und Gesundheit. Eine glänzende Idee!“ Beratungen zum umweltfreundlichen Einkauf, Waschen, Putzen, Textilien, zur sanften Schädlingsbekämpfung etc.

- Aktion Minus 50% "Das Putzjahr - weniger ist mehr"
Haushalte können bis zu 50% an Reinigungschemikalien vermeiden. Erhebung der Wäsche-Wasch-Gewohnheiten in NÖ Haushalten mittels Fragebogen, Auswertung der Ergebnisse
- ÖKO-logisch Reinigen in den Gebäuden des Landes NÖ
Umstellung auf ÖKO-logische Reinigung in vielen Einrichtungen des Landes NÖ, z.B. die Landespensionisten- und Pflegeheime: Ist-Standerhebung in den Gebäuden, Schulung von Reinigungsfachkräfte und BeschafferInnen, Vorschläge zur Verbesserung, Auszeichnung erfolgreicher Gebäude.

2000 wurden 1300 SchülerInnen zum Thema „Chemie im Haushalt“ betreut.

Ernährung-Garten-Landwirtschaft

„Unsere Lebensenergie bekommen wir von der Erde. Nachhaltiger Umgang mit der Natur ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. – Vielfalt am Teller, im Garten und am Feld!“

- Projekt Natur im Garten:
Das umfassende Projekt von Umweltlandesrat Sobotka, Abt. RU3-Umwelt-wirtschaft, NÖ Agrarbezirksbehörde und "die umweltberatung" NÖ soll Niederösterreichs Gärten und Grünanlagen wieder umweltfreundlicher und natürlicher werden lassen.
"die umweltberatung": Beratung am Gartentelefon und vor Ort, Versand der Gartenratgeber (Sammelordner), Verleihung der Gartenplakette für Gärten, die den Kriterien der Aktion entsprechen, Diavorträge, Kompostparties, Gartenfeste, Schaugärten, Betreuung von Partnerbetrieben (Gärtnerverein und Großbetriebe)

2000: fast 13.000 Gartenberatungen durchgeführt.

Bio in der Großküche

Derzeit laufen die Projekte „Ökoregionen im Mostviertel“ und „Bioregion NÖ-Süd“ (Gemeinschaftsprojekte mit vielen Kooperationspartnern, gefördert von Bund, Land und EU): der Anteil an BIO-Lebensmitteln soll auch in Groß- und Gemeinschaftsküchen massiv gesteigert werden.

2000: Über 1300 TeilnehmerInnen bei Seminaren zum Thema Ernährung, 7000 Anfragen bei Infoständen

Klimabündnis

“Erhaltung unserer Lebensgrundlagen durch Klimaschutz!“ Das Klimabündnis ist eine globale Partnerschaft zum Schutz des Weltklimas: in den Industriestaaten soll die CO₂-Emission bis zum Jahr 2010 um 50% reduziert werden und der Regenwald in Amazonien aktiv geschützt werden.

- Betreuung von Klimabündnis-Gemeinden
- CO₂-Sparhaus – Mein persönlicher Beitrag zum Klimaschutz
Ausstellung und Rahmenprogramm
- Erprobung von Verbreitungsstrategien f. Biomassekleinfeuerungsanlagen auf kommunaler Ebene

2000: fast 1.300 VortragsbesucherInnen zum Thema „Klimaschutz“

Umweltpädagogik

„Kreativ und behutsam begreifen wir unsere Umwelt. Im Spiel entdecken wir die Natur – erleben Sie mit uns eine Entdeckungsreise der besonderen Art!“ Vermittlung

von Fachwissen soll kombiniert werden mit direktem Erleben von Natur und Umwelt und spielerischem Erarbeiten von Fachinhalten.

- Umweltpädagogik in NÖ Schulen
Angebote aus allen Fachbereichen speziell aufbereitet für Schulen und Jugendliche
- Aus- und Weiterbildung von StudentInnen und LehrerInnen
- Erd & Herd Geschichten
Schulkoffer mit Unterrichtsmaterialien zu gesunder Ernährung, Landwirtschaft und Umweltschutz; Ausstellung mit Rahmenprogramm, Arbeitsunterlagen für den Unterricht, Elternabende und Vorträge in Kindergärten und Schulen
- MultiplikatorInnenschulungen v.a. für Pflichtschul-LehrerInnen
- ÖKOLOG Niederösterreich
"die umweltberatung" NÖ arbeitet in der Vernetzungsplattform ÖKOLOG, laufend Veranstaltungen

In Schulstunden wurden über 3.800 Kinder und Jugendliche zum Thema „Umweltschutz“ erreicht

Wasser

„Sauberes Wasser ist ein kostbares Gut. Verwenden wir es sparsam und halten wir unser Wasser rein!“ Wasser ist das Lebensmittel Nummer 1. "die umweltberatung" bietet Beratung und Information zu Trinkwasserversorgung, Abwasserreinigung und Regenwassernutzung.

- Wassermessungen: Nicht-amtliche Analysen zur Qualität von Brunnenwasser (Zusammenarbeit NÖ Umweltschutzanstalt), Probennahme vor Ort, falls nötig Sanierungsberatung
- Kleinkläranlagen-Beratungen für Haushalte, die nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind; planerische, technische und rechtliche Fragen bei der Errichtung. (Kooperation mit Abtlg. WA 2).
- Exkursionen zu Kleinkläranlagen (besonders empfehlenswerte Anlagen)
- Begleitende Beratung bei Planung und Errichtung von Regenwasser-Sammelanlagen, Konzepte zur Öffentlichkeitsarbeit, Beratung bei der Erarbeitung von Kriterien für die Gemeindeförderung, Informationsveranstaltungen

Schulen:

Naturkundliche Erlebniswanderungen, Workshops etc

2000 machten 1400 Kinder und Jugendliche machten bei einer Veranstaltung von "die umweltberatung" zum Thema „Wasser“ mit.

Insgesamt wurden im Jahr 2000 fast 70.000 Personen in Niederösterreich erreicht (ca 24.000 durch Beratungen, knapp 32.000 durch Infostände und bei Aktionen, über 3.800 SchülerInnen, über 5.700 TeilnehmerInnen bei Seminaren und Workshops, über 4.600 kamen zu einem Vortrag).

NÖ DORFERNEUERUNG

In den letzten Jahren stand der NÖ Dorferneuerung ein Betrag von insgesamt ATS 20.000.000,-- aus Privatisierungserlösen des Landes für eine Sonderaktion „Ökologie – Energie“ zur Verfügung.

Im Jahr 2000 wurden aus diesem Ansatz Förderungen in der Höhe von ATS 6.200.000,-- für 33 Projekte vergeben (Energieoptimierung von Gebäuden, Abwasserprojekte, Solaranlage).

Darüber hinaus vermittelt die Dorferneuerungsbewegung in ihrem weiten Tätigkeitsfeld Informationen über ökologische Fragen, motiviert die Menschen, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen um in der Folge konkrete Maßnahmen zu setzen.

- Bei der Sanierung von Wasserläufen suchen Ortsbewohner nach Lösungen, die der Tier- und Pflanzenwelt möglichst viel Platz lassen (naturnahe Gestaltung). Bei der Gestaltung von Freiflächen wird versucht, Beton und Asphalt nur auf das Notwendigste zu beschränken. Natürliche Bepflanzung und wasser-durchlässige Bodenbefestigungen sind die Ergänzung.
- Schadstoffarme Heizung und Warmwasseraufbereitung wird durch gemeinschaftliche Nahwärmeversorgungsanlagen mit besten Filtern auf der Basis von Biomasse ermöglicht - teilweise werden kommunale Bauten beheizt, teilweise ganze Orte bzw. Ortsteile. Als konkreter wirtschaftlicher Nebeneffekt werden heimische Rohstoffe veredelt, bäuerliche Existenzen werden abgesichert (aus Nebenerwerbsbauern werden wieder Vollerwerbsbauern).

Ein Pfeiler der Dorferneuerungphilosophie ist es, bestehende Gebäude in Ortskernen für Gemeinschaftszwecke, aber auch zum Wohnen zu nutzen. Dadurch können zahlreiche Autofahrten mit Umweltbelastung eingespart werden. Umbauten benötigen außerdem weniger Material und Energie als Neubauten, weniger Boden wird versiegelt. Die Mitarbeiter des Verbandes „NÖ Dorf- und Stadterneuerung“ wirken an einer Förderungsaktion der NÖ Wohnbauförderung für die Ortskerne mit.

NÖ STADTERNEUERUNG

Im Dezember 1992 wurde die Landesaktion "Stadterneuerung in NÖ" ins Leben gerufen und ist im NÖ Raumordnungsgesetz wie folgt verankert: "Das Land hat die Gemeinden bei der Durchführung von Stadt- und Dorferneuerungsmaßnahmen, die auf Initiative und unter Beteiligung der Bürger erfolgen, zu unterstützen."

Leitbild

Leitbild der Stadterneuerung in Niederösterreich ist die menschenfreundliche Stadt.

Leitziele

Neben den Leitzielen „Demokratisierung und Interessenausgleich“, „Regionale Verantwortung“ und „Verwaltung als Dienstleistung“ lautet das Leitziel „Ökologie“: In einer menschenfreundlichen Stadt liegen allen Entscheidungen ökologische Kriterien zugrunde. Die Einsicht sowohl in die Zusammenhänge von Mensch und Natur als auch in die langfristigen Folgen von Eingriffen in die Natur wird gefördert. Grundsatz ist der nachhaltige Umgang mit Boden, Luft, Wasser, Infrastruktur und Mobilität.

Ziel der Stadterneuerung

Ziel der Stadterneuerung ist es, die Städte dabei zu unterstützen, gemeinsam mit den Bürgern, umfassende und koordinierte Maßnahmenbündel im Bereich der Stadtentwicklung und Stadterneuerung zu artikulieren und umzusetzen. Durch die innovative und partizipationsorientierte Vorgangsweise wird über die Erarbeitung von Leitbild und Leitzielen ein kommunalpolitischer Grundkonsens in der Stadt hergestellt. Dadurch wird es ermöglicht, einzelne Maßnahmen rascher und effizienter umzusetzen, die Bevölkerung zur Unterstützung der Maßnahmen zu bewegen, und durch koordinierte Vorgangsweise verstärkende Effekte zu erzielen.

Stadterneuerungskonzepte

Das Hauptaugenmerk wird auf eine Stadterneuerung aus ganzheitlicher Sicht gelegt. So werden in den Städten entsprechend den spezifischen Problemlagen gemeinsam mit den Bürgern Erneuerungskonzepte erarbeitet und die Leitbilder für die zukünftige Entwicklung der Stadt vom Gemeinderat beschlossen.

Projekte:

In den letzten Jahren wurde intensiv an der Umsetzung von Projekten gearbeitet, deren Inhalte reichen von Telematik, Jugendeinrichtungen, Grünraum, über öffentlichen Freiraum, Verkehr, Kultur bis hin zu Wirtschaft, Bürgerservicestellen und Sozialeinrichtungen.

Stadterneuerungsprojekte 2000 im Bereich „Umwelt, Grünraum, Ökologie“

Bad Vöslau „Gehweg Wiener Wasserleitung“

Ziel des Projektes ist die Sanierung des bestehenden Gehweges auf der Trasse der Wiener Wasserleitung, der eine wichtige Verbindung für Fußgänger ins Zentrum darstellt und außerdem ein wichtiger Grünzug in der Stadt ist.

Bad Vöslau „Wege in der Stadt“

Ziel des Projektes ist die Sanierung der bestehenden Gehwege im Zentrum von Bad Vöslau.

Mistelbach „Buskonzept“

Ziel des Projektes ist die Erstellung eines Konzeptes zur Klärung der Lage der Bushaltestelle am Hauptplatz und Verbesserung der Situation.

Zwettl „Talbergstiege“

Ziel des Projektes ist die Planung, Sanierung und Umgestaltung der Talbergstiege und des angrenzenden Radweges, welche wichtige Verbindungselemente für Fußgänger und Radfahrer zwischen der Innenstadt, den Schulen und den Siedlungsgebieten darstellen.

Zwettl „Brühlstiege“

Ziel des Projektes ist die Sanierung der Brühl-Stiege, welche eine Hauptverbindung für Fußgänger darstellt und das Siedlungsgebiet „Brühl“ mit dem Stadtzentrum verbindet. Sie ist gleichzeitig auch „Zugang“ zur Zwettler Freizeitmeile, einem Naherholungsgebiet der Stadt.

Langenlois „Radabstellanlagen“:

Ziel des Projektes ist die Errichtung von Radabstellanlagen im Zentrum von Langenlois. Damit soll ein weiterer Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Radfahrens in der Verkehrssparngemeinde Langenlois geleistet werden.

Hollabrunn „Radwegekonzept“

Ziel des Projektes ist die Erstellung eines Konzeptes zur Verbesserung des Radverkehrs in Hollabrunn und Einbindung in das Konzept der Radwege von „Land um Hollabrunn“.

Laa „Thermenweg“

Ziel des Projektes ist die Errichtung des Thermenweges samt Brücke über den Thayamühlbach. Dieser Weg soll eine attraktive Verbindung für Fußgänger und Radfahrer vom Thermalbad zum Stadtzentrum sein.

Buch „Land schafft Raum“:

Die Österreichische ARGE für Dorferneuerung und Gemeindeentwicklung, bei der die Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung die Interessen des Landes NÖ vertritt, hat Ende des Jahres 2000 ein Buch, das beispielhafte Projekte zur Gestaltung von Frei- und Grünräumen aus den österreichischen Bundesländern zeigt, herausgegeben (erhältlich im Buchhandel – ISBN 3-7025-0415-X).

Die Arbeitsgemeinschaft wurde 1996 gegründet und hat sich zum Ziel gesetzt, im Sinne der Nachhaltigkeit die Lebensbedingungen der Menschen und die dafür nötigen Grundlagen zu sichern.

ABTEILUNG ALLGEMEINER BAUDIENST – ORTSBILDPFLEGE (BD 1 – O)

Im Grunde genommen zielt ein Großteil der Aktivitäten von „NÖ gestalten“ in die Richtung eines optischen und materiellen Umweltschutzes. Die im Jahr 2000 durchgeführten ungefähr 2.000 Einzelberatungen haben neben ihrem baukulturellen Aspekten vor allem das Ziel, die optische Gestaltungsqualität zu fördern. Darüber hinaus sollen nachhaltige Bauweisen und Baustoffe empfohlen werden und Gedanken der Ressourcenschonung (Rohstoffe, Grund und Boden, Energieeinsatz etc.) unter die Bevölkerung gebracht werden. In die gleiche Richtung gehen die Vortrags- und Seminaraktivitäten im Zuge der NÖ Gestaltungsakademie mit rund 3.000 teilnehmenden Personen.

Ein weiteres wesentliches Standbein der Tätigkeit ist die Herausgabe der periodischen Broschürenreihe, welche 6 mal jährlich, mit einer Auflage von rund 90.000 Stück aufgelegt wird. Diese Publikation deckt ebenfalls die o.a. Inhalte ab und stellt somit einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit von „NÖ gestalten“ dar.

Die direkten Berührungspunkte mit einer vordergründigen Umweltschutzproblematik sind vor allem durch die in den letzten Jahren gestiegene Beratung und Forcierung sogenannter Niedrigenergiehäuser im Zusammenhang mit dementsprechend flächenschonenden Siedlungsmodellen zu sehen.

